

DIE ATLANTISCHE WERTEGEMEINSCHAFT

Dr. Christian Bremen¹

Abstract

After world war II the citizens of Aachen regarded Charlemagne not any more as a German hero who unified Germany but as the unifier of Europe. In 1950 they named their citizen's prize for distinguished service on behalf of European unification "Charlemagne Prize". By the will of its initiators, the International Charlemagne Prize of Aachen is to be awarded for outstanding contributions to the cause of European understanding and communal endeavour, of humanity and world peace. It is to honour the fostering of United Europe with regard to politics, economics, culture, and the mind and spirit. The contribution can be made in the literary, scientific-scholarly, economic, and political sector.

In 1959 former US secretary of state, George C. Marshall, received the Charlemagne prize. At that time the prize jury honoured the role of the United States of America for the European integration process. The citizenship meant first the economical aid of the United States after World War II. They have also been aware of the political and military importance of America for western Europe. The cultural dimension of the relationship was not mentioned. This is remarkable because the common cultural heritage of Europe and America – the idea of a western civilization - was one of the essential reasons for the United States interest in European integration. The relationship is based on a common vision of political and economic freedom. The idea of being a community of values was and still is a vital point.

The article deals with the different periods of U.S. European integration policy and the European efforts to draw up documents on identity.

Einleitung: Die atlantische Zivilisation

Im Jahr 1959 erhielt der ehemalige amerikanische Außenminister George C. Marshall den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen. Dieser Preis gilt als die bedeutendste Auszeichnung für Verdienste um die Einigung Europas. Aachen war die Lieblingspfalz Karls des Großen. Zeitgenossen nannten ihn den „Vater Europas“². Er ist in seiner Kirche – der Krönungsstätte der deutschen Könige - in Aachen begraben, die als die bedeutendste Kathedrale nördlich der

¹ Dieser Artikel basiert auf einen Vortrag, den ich am 25. März 2009 an der University of National and World Economy in Sofia gehalten habe. Ich danke meinem akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. Klaus Schwabe von der RWTH Aachen, für seine Kommentare und Anregungen.

² Max Kerner, Karl der Grosse. Entschleierung eines Mythos. Köln, Weimar u. Wien 2000, S. 12 u. 48.

Alpen gilt³. Nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtete die Aachener Bürgerschaft Karl den Großen nicht mehr als einen deutschen Helden, der Deutschland einigte, sondern als großen Europäer, der Europa baute. Im Jahr 1950 benannten sie ihren Bürgerpreis nach dem Stadtpatron. Die Auszeichnung wird jährlich vergeben. Die Liste der Preisträger ist lang, darunter befinden sich Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, Robert Schuman, Winston Churchill, Jean Monnet, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer, Paul Henry Spaak, Helmut Kohl, François Mitterand und Václav Havel⁴.

Mit George C. Marshall würdigte die Preisjury die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika für den europäischen Integrationsprozeß⁵. Die Aachener Bürgerschaft hob zu aller erst die wirtschaftliche Hilfe Amerikas für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg hervor. Auch war sie sich der politischen und militärischen Bedeutung der Vereinigten Staaten für Westeuropa bewusst. Marshall erhielt den Karlspreis während der zweiten Berlin-Krise, als der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow ultimativ die Umwandlung West-Berlins in eine freie Stadt forderte und der Kalte Krieg damit in Europa zu einem militärischen Konflikt zu eskalieren drohte⁶. Die kulturelle Dimension der Beziehungen zwischen Europa und Amerika führte die Bürgerschaft in ihrer Preisbegründung nicht an⁷. Dies ist bemerkenswert, weil das gemeinsame kulturelle Erbe – die Idee einer westlichen Zivilisation⁸ – einer der wesentlichen Beweggründe für das amerikanische Interesse am europäischen Einigungsprozeß war⁹.

Hiernach basierte die kulturelle europäische Identität¹⁰ auf einer gemeinsamen westlichen Zivilisation¹¹. Europa und Nordamerika verbanden gemeinsame

³ Zum Aachener Dom siehe: *Ernst Günther Grimme*, Der Dom zu Aachen. Aachen 1994.

⁴ *Christian Bremen*, 50 Jahre Karlspreis. Die Geschichte des Internationalen Karlspreises zu Aachen, in: 50 Jahre Internationaler Karlspreis zu Aachen. Hrsg. v. Franco Betin. Aachen 2000, S. 17-35.

⁵ o.V., Karlspreis-Plakette für George Marshall, in: Aachener Volkszeitung vom 05.05.1959. – *Kurt C. Pfeiffer*, Idee und Ziel des Internationalen Karlspreises (Aachen ca. 1961), S. 3f. - 50 Jahre Internationaler Karlspreis zu Aachen. Hrsg. v. Franco Betin. Aachen 2000, S. 83 [künftig zitiert: 50 Jahre Internationaler Karlspreis].

⁶ *Christian Bremen*, Das Contingency Planning der Eisenhower Administration während der zweiten Berlinkrise, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 57(1998)1, S. 117-147.

⁷ o.V., Karlspreis-Plakette für George Marshall, in: Aachener Volkszeitung vom 05.05.1959. - 50 Jahre Internationaler Karlspreis, S. 83.

⁸ *Norman Davies*, Europe. A history. Oxford 1998, S. 19ff. [künftig zitiert: Davies, Europe].

⁹ *Klaus Schwabe*, Der Marshall-Plan und Europa, in: Histoire des Débuts de la Construction Européenne. Hrsg. v. Rymond Poidevin. Brüssel 1986, S. 69 [künftig zitiert: Schwabe, Marshall-Plan]. - *Christian Bremen*, Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise, 1958-1961. Berlin u. New York 1998, S. 38 (= Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 95). - William O. Walker III, National Security and Core Values in American History. Cambridge 2009, S. 129.

¹⁰ Zum Begriff der Identität siehe: *Wilfried Loth*, Europäische Identität in historischer Perspektive. ZEI Discussion Paper C 113. Bonn 2002, S. 4-7 [künftig zitiert: Loth, Europäische Identität].

¹¹ Der Bonner Politologe Lazaros Miliopoulos definiert Zivilisation als eine "am weitesten gefasste und zugleich politisch substantivierte kulturelle Entität". Dieses plurale Zivilisationsverständnis bietet er als Alternative in der Identitätsdiskussion in Europa an, um den partikularen europäischen Kulturraum mit seiner Vielzahl von Kulturen Rechnung zu tragen (*Lazaros Miliopoulos*, Die Frage der atlantischen Dimension politischer Identität Europas, in: Identitäten in Europa – Europäische Identität. Hrsg. v. Markus Krienke u. Matthias Belafi. Wiesbaden 2007, S. 77 [künftig zitiert: Miliopoulos, Identität Europas]. – *Werner Weidenfeld*, Europa – aber wo

Werte, Überzeugungen und Institutionen¹². Ideengeschichtlich und philosophisch ruht das Verständnis des „Westens“ auf griechisch-römischen und christlich-jüdischen Traditionen, speist sich aus einer europäisch-atlantischen Kulturgeschichte und knüpft an die als singulares Moment aufgefasste „atlantische“ Revolution von 1776 und 1789¹³ mit ihren menschenrechtlich-egalitären Werten an¹⁴. Es verbanden sich amerikanische Verfassungspraxis mit englischer Rechtstradition, europäischem Gedankengut und Idealismus. Die europäische Expansion in der frühen Neuzeit hatte in der Neuen Welt zur Bildung von politischen und kulturellen Zentren geführt. Die Einflüsse waren nicht monopolartiger Natur. Vielmehr gab es Wechselwirkungen zwischen der Europäisierung der Neuen Welt und der Amerikanisierung der Alten Welt, die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark ausgeprägt waren¹⁵. Die mit dem Jahr 1776 beginnende Revolutionierung des Westens reicht hiernach über das Jahr 1989 hinaus und ist folgerichtig ein bis heute anhaltender Prozeß¹⁶.

Der Zivilisationsbegriff erweitert die Frage nach einer europäischen Identität sowohl geographisch als auch politisch und führt sie in einen westlich-atlantischen Rahmen¹⁷. Im letzten Jahrhundert prägten insbesondere Journalisten, Philosophen, Politologen und Historiker in den USA und Geschichtswissenschaftler in Europa den Begriff der „Atlantischen Zivilisation“¹⁸ im Sinne eines eigenständigen Wertesystems¹⁹. Nach den

liegt es?, in: Die Identität Europas. Hrsg. v. Werner Weidenfeld. München u. Wien 1985, S. 21 [künftig zitiert: Weidenfeld, Europa]).

¹² Konstantin von Hammerstein und Klaus Wiegrefe, „Ungeheuer subversive Kraft“. Der Historiker Heinrich August Winkler, 70, über die Geschichte des Westens, den häufigen Verstoß gegen die eigenen Ideale und die Überheblichkeit der Europäer, in: Der Spiegel 39/2009, S. 58 [künftig zitiert: Winkler, Überheblichkeit der Europäer].

¹³ Robert R. Palmer, The Age of the Democratic Revolution. A Political History of Europe and America 1760-1800. Chicago 1959, S. 185ff. und 469ff. [künftig zitiert: Palmer, Democratic Revolution].

¹⁴ Davies, Europe, S. 24. – Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert. München 2009, S. 19-23 [künftig zitiert: Winkler, Geschichte des Westens].

¹⁵ Jacques Freymond, Die Atlantische Welt, in: Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Hrsg. v. Golo Mann. Bd. 10, Berlin, Frankfurt u. Wien 1961, S. 224-226 [künftig zitiert: Freymond, Atlantische Welt]. – Tilo Schabert, Die Atlantische Zivilisation. Über die Entstehung der einen Welt des Westens, in: Europäisierung Europas? Hrsg. v. Peter Haungs. Baden-Baden 1989, S. 50-53 [künftig zitiert: Schabert, Eine Welt des Westens]. – Gebhard Schweigler, Die Atlantische Gemeinschaft. Schicksal, Sicherheit und Werte. Ebenhausen 1997, S. 62-76 (= Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-S 420). – Thomas Fröschl, Atlantische Geschichte – ein Forschungsprojekt, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 3(2003)2, S. 4).

¹⁶ Lazaros Miliopoulos, Der Begriff der Atlantischen Zivilisation als politische Idee. Phil. Diss., Bonn 2006, S. 230 [künftig zitiert: Miliopoulos, Politische Idee].

¹⁷ Michael Novak, North Atlantic Community, European Community. Divergent paths and common values in Old Europe and the United States, in: <http://www.nationalreview.com> [künftig zitiert: Novak, Old Europe]. – Miliopoulos, Identität Europas, S. 79 u. 86.

¹⁸ Grundlegend: Miliopoulos, Politische Idee. – Siehe auch: Michael Kraus, The Atlantic Civilization: Eighteenth-Century Origins. Ithaca 1966, S. VIII, 308-314 [künftig zitiert: Kraus, Atlantic Civilization]. – Max Silberschmidt, Wirtschaftshistorische Aspekte der Neueren Geschichte, in: HZ 171(1951), S. 245-261. – Bernhard Bailyn, The Idea of Atlantic History, in: Itinerario 20(1996), S. 23-29 [künftig zitiert: Bailyn, Idea of Atlantic History]. – Miliopoulos, Identität Europas, S. 88f. u. 93-95. – Tilo Schabert, Die Atlantische Zivilisation. Über die Entstehung der einen Welt des Westens, in: Europäisierung Europa? Hrsg. v. Peter Haungs. Baden-Baden 1989, S. 41-54. – Christian Hacke, Die Vision einer atlantischen Zivilisation, in: Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. Hrsg. v. Reinhard Meier-Walser u. Susanne Luther. München 2002, S. 243-255 [künftig zitiert: Hacke, Vision].

Forschungsergebnissen,²⁰ beispielsweise der US Historiker Robert Palmer²¹ und Michael Kraus, entstand die Atlantische Zivilisation²² in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Zuge der amerikanischen und französischen Revolution²³. Die Atlantische Zivilisation war schon in ihrer Geburtsphase durch Widersprüche gekennzeichnet, beispielsweise durch die Ungleichheit von Mann und Frau, der Sklaverei in den USA und der Schreckensherrschaft Robespieres in Frankreich. Aber die gemeinsamen politischen Ideen von Menschen- und Bürgerrechten, Gewaltenteilung, Volkssouveränität und repräsentativer Demokratie waren Mittel und Ziel zugleich, die den Werten entgegenstehende Realität zu überwinden²⁴. Die Risse in der nordatlantischen Gemeinschaft konnten erst nach dem Zweiten Weltkrieg verheilen²⁵.

Die Diskussion über eine gemeinsame Identität in der Europäischen Union sollte diesen Aspekt in Betracht ziehen. Jede Analyse der EU muß deshalb zwangsläufig den nordatlantischen Raum berücksichtigen. Die internationale Organisation namens „Europäische Union“ und nicht „Europa“ ist Gegenstand dieser Arbeit. Die EU ist nur ein Teil von Europa²⁶. In diesem Zusammenhang sei an die Worte Jean Monnets, eines der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaften, erinnert, der im Jahr 1950 einem Journalisten mitteilte: „Europe never existed. ... The real Europe has to be created.“²⁷ Die gleiche Auffassung vertrat der französische Außenminister Robert Schuman in seiner berühmten Erklärung vom 9. Mai 1950: “Europe will not be made all at once, or according to a single plan. It will be built through concrete achievements which first create a de facto solidarity.”²⁸ Wenn die westliche europäische

¹⁹ Schabert, Eine Welt des Westens, S. 49.

²⁰ Einen Überblick gibt: *Miliopoulos*, Politische Idee, S. 32-38.

²¹ Zu einem der Pioniere der atlantischen Geschichtsschreibung siehe: *Michael Hochedlinger*, Robert R. Palmer, The Age of the Democratic Revolution, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 3(2003)2, S. 140-144. – In diesem Zusammenhang muß auch der französische Historiker Jacques Godechot Erwähnung finden. Siehe hierzu: *Wolfgang Schmale*, Vor 40 Jahren: Jacques Godechot und die „Révolution occidentale“, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 3(2003)2, S. 145-148 [künftig zitiert: Schmale, Jacques Godechot,].

²² *Miliopoulos*, Politische Idee, S. 202f. – Erwähnung sollen hier auch die geschichtswissenschaftlichen Studiengänge „Atlantic History“ in Nordamerika finden. Sie haben freilich die Geschichte der Atlantikanrainerstaaten – von Europa über Afrika bis hin zu Nord- und Südamerika – im Zeitraum von 1492 bis zum 19. Jahrhundert zum Gegenstand. Siehe: *David Eltis*, Atlantic History in Global Perspective, in: *Itinerario* 23(1999), S. 141-161. – *Alison Games*, Teaching Atlantic History, in: *Itinerario* 23(1999), S. 162-173. – *Horst Pietschmann*, Atlantische Geschichte – zwischen europäischer Geschichte und *Global History*, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 3(2003)2, S. 67 [künftig zitiert: Pietschmann, Atlantische Geschichte]. – Der amerikanische Historiker Bernard Bailyn appelliert an seine Kollegen, die in den USA weit verbreiteten Studienprogramme zur “Atlantic History” mit der Geschichte der “new Atlantic community” und ihrer Idee einer gemeinsamen “Western Civilization” zu verbinden. Siehe: *Bailyn*, Idea of Atlantic History, S. 19-30. – Zum Preis der American Historical Association zu Büchern über Atlantische Geschichte siehe: *Bernard Bailyn*, Atlantic History. Concept and Contours. Cambridge, MA u. London 2005, S. 3 [künftig zitiert: Bailyn, Atlantic History].

²³ *Palmer*, Democratic Revolution, S. 185ff. und 469ff. - *Kraus*, Atlantic Civilization, S. 308-314.

²⁴ *Winkler*, Geschichte des Westens, S. 22f. - *Winkler*, Überheblichkeit der Europäer, S. 58.

²⁵ *Hannah Arendt*, Über die Revolution. München 1963, S. 277f. [künftig zitiert: Arendt, Revolution].

²⁶ *Wolfgang Schmale*, Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität. Stuttgart 2008, S. 7 [künftig zitiert: Schmale, Europäische Identität].

²⁷ *Anthony Sampson*, The New Europeans. London 1968, S. 6.

²⁸ Declaration of 9 May 1950, in: http://www.robert-schuman.org/declaration_9maiphp

Gemeinschaft auf keinem historischen Beispiel beruht²⁹, kann dann eine Analyse ihrer Verträge, offiziellen Verlautbarungen und Berichte eine Antwort auf die Frage nach ihren Werten geben, die eine gemeinsame Identität der Mitgliedstaaten konstruieren?

Forschungsansätze zur Rolle der USA für den europäischen Integrationsprozeß

Die historischen Integrationstheorien³⁰ bewerten die Rolle der Vereinigten Staaten für die Einigung Europas unterschiedlich. Zunächst dominierte der föderalistische Ansatz. Ihr bedeutendster Vertreter war der deutsche Historiker Walter Lipgens. In seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen beschrieb er den Einigungsprozeß als Ergebnis der Europabegeisterung führender Politiker in Westeuropa, beispielsweise Jean Monnet, Robert Schuman, Henry Spaak, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer. Zudem maß er der Europäischen Bewegung als Lobbyist der europäischen Integration eine große Bedeutung zu. Hiernach war die europäische Einigung ein welthistorischer Prozeß, der auf den Schwächen der Nationalstaaten sowie den von ihnen ausgelösten Katastrophen beruhte und zum Aufbau der „Vereinigten Staaten von Europa“ führen sollte. Nur auf diese Weise konnte der weitere Niedergang Europas verhindert werden. Europa war somit das Ergebnis eines klaren Europabewusstseins und des Wirkens zahlreicher Lobbyisten, beispielsweise der Paneuropa Bewegung und der Europa-Verbände, insbesondere der europäischen Föderalisten³¹.

²⁹ Im Französischen ist für die Beschreibung des Einigungsprozesses der Ausdruck „construction européenne“ gebräuchlich. Damit wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß etwas neues geschaffen und nicht vormalig vorhandenes wieder aufgebaut wird. Im Deutschen hat sich für dieses Phänomen der Begriff „europäische Integration“ durchgesetzt. Er rührte vom Sprachgebrauch amerikanischer Regierungsbeamter Ende der 1940er Jahre und löste Anfang der 50er Jahre die bis dahin in Deutschland gängige Formulierung „Föderation“ ab. Seither beschreibt „Integration“ im deutschen Sprachraum die Übertragung von nationalen Rechten an supranationale Einrichtungen. Die lateinischen Wurzeln des Wortes lassen freilich auf die Wiederherstellung einer Einheit schließen. Siehe: *Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt u. Gerhard Wille*, Geschichte der europäischen Integration. Paderborn 2008, S. 22-24 [künftig zitiert: Clemens, Reinfeldt u. Wille, Integration]. - *Ludolf Herbst*, Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947-1950, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34(1986), S. 161-205.

³⁰ *Desmond Dinan*, The Historiography of European Integration, in: Origins and Evolution of the European Union. Edited by Desmond Dinan. Oxford 2006, S. 297-324. - *Wilfried Loth*, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration, in: Theorien europäischer Integration. Hrsg. v. Wilfried Loth u. Wolfgang Wessels. Opladen 2001, S. 87-106. - *Wolfram Kaiser*, Vom Staat zur Gesellschaft? Zur Historiographie der europäischen Integration, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 55(2004)11, S. 663-679. - *Clemens Wurm*, Early European Integration as a Research Field: Perspectives, Debates, Problems, in: Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration 1945-1960. Hrsg. v. Clemens Wurm. Oxford 1995, S. 9-26. - *Hans Peter Schwarz*, Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung. Forschungsstand und Perspektiven, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31(1983), S. 555-572. - Siehe auch: *Heinz Duchhardt u.a.* (Hrsg.), Europa-Historiker. Ein biographisches Handbuch. 3 Bde., Göttingen 2006 u. 2007. - Zur europäischen Identitätsforschung siehe: *Schmale*, Europäische Identität, S. 31-36.

³¹ *Walter Lipgens*, Der Zusammenschluß Westeuropas. Leitlinien für den historischen Unterricht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 34(1983), S. 345-372. - Siehe auch: *Walter Lipgens*, Die Anfänge der

Diesem von den 40ern bis 70er Jahren des letzten Jahrhunderts führenden so genannten „idealistischen“ Interpretationsansatz³² widersprach der englische Wirtschaftshistoriker Alan Milward Anfang der 80er Jahre. In seinem „politökonomischen“ Erklärungsmodell konzentrierte er sich auf das Handeln der Regierenden und kam zu dem Ergebnis, daß die Nationalstaaten die Europäischen Gemeinschaften gründeten, um ihre eigene Existenz zu sichern. Die nationalen Märkte waren zu klein und boten keine Perspektive für den Ausbau des Sozialstaates. Nur durch die europäische Integration konnten die nationalen Gesellschaften zum Wohlstand gelangen³³.

Beide Integrationstheorien ziehen die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika für die erfolgreiche Entwicklung Westeuropas in Betracht, doch gestehen sie den USA keinen entscheidenden Einfluß auf den europäischen Integrationsprozeß zu³⁴. Zu diesem Ergebnis gelangt auch der Essener Zeithistoriker Wilfried Loth, der in seinem beide Perspektiven miteinander verbindenden Deutungsansatz auf ideelle, politische, ökonomische und sicherheitspolitische Aspekte fokussiert. Der ehemalige akademische Schüler und Assistent von Lipgens identifiziert vier Antriebskräfte der europäischen Einigung und zwar den Erhalt des Friedens in Europa und damit verbunden die Lösung der deutschen Frage. Ferner die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität durch einen gemeinsamen europäischen Markt sowie der globale Behauptungswille der Europäer gegenüber den beiden Supermächten USA und Sowjetunion³⁵.

Ein „externer“ Erklärungsansatz etablierte sich Ende der 80er Jahre. Einen wichtigen Beitrag leisteten insbesondere Historiker, die sich mit den deutsch-amerikanischen oder europäisch-amerikanischen Beziehungen beschäftigen, beispielsweise Michael J. Hogan³⁶ von der Ohio State University, Charles

europäischen Einigungspolitik 1945-1950, Bd. 1, Stuttgart 1977. – Walter Lipgens (Hrsg.), 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Bonn 1986.

³² Neuere Forschungsarbeiten stellen einen bedeutenden Einfluß föderalistischer Ideen auf den Integrationsprozeß in Frage. Siehe hierzu: Achim Trunk, Europa ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren. München 2007, S. 16 [künftig zitiert: Trunk, Politische Eliten]

³³ Alan S. Milward, The European Rescue of the Nation-State. London 1992. – Alan S. Milward, Der historische Revisionismus zur Einigungsgeschichte Westeuropas. Neue historische Erkenntnisse statt überholter Schulweisheiten, in: Integration 10(1987), S. 100-106. – Zur Kritik am Interpretationsansatz von Milward, die sich auf die zu starke Fixierung auf ökonomische Interessen und die Vernachlässigung des Kalten Krieges bezieht, siehe: Trunk, Politische Eliten, S. 18.

³⁴ Walter Lipgens, Der Marshall-Plan und die Anfangsphase der westeuropäischen Integration. Sieben Thesen, in: Der Marshall-Plan und die europäische Linke. Hrsg. v. Othmar Nikola Haberl u. Lutz Niethammer. Frankfurt a.M. 1986, S. 443. – Loth, Europäische Identität, S. 15 Anm. 20.

³⁵ Wilfried Loth, Der Prozeß der europäischen Integration: Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 1(2000), S. 17-30. – Wilfried Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration, in: Theorien europäischer Integration. Hrsg. v. ders. u. Wolfgang Wessels. Opladen 2001, S. 96-101.

³⁶ Michael J. Hogan, The Marshall Plan, America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947-1952. Ca.,bridge 1987.

Maier³⁷ von der Harvard Universität, Detlef Junker³⁸, ehemaliger Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C., Geir Lundestad³⁹ vom Nobel Institut in Oslo und Klaus Schwabe⁴⁰ von der RWTH Aachen. Sie betonen die herausragende Rolle der Vereinigten Staaten für die europäische Integration während der Regierungszeit von US Präsident Harry S. Truman. Die an der Chemnitzer Universität Internationale Beziehungen lehrende Beate Neuss bezeichnet die Vereinigten Staaten in ihrer Habilitationsschrift gar als den „Geburtshelfer Europas“⁴¹. Hiernach kommt den Amerikanern und nicht den Europäern das Verdienst zu, die Einigung Westeuropas initiiert zu haben. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges – insbesondere der ökonomischen und militärischen Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten von den USA -, so die Argumentationslinie des Erklärungsansatzes, konnten sich die amerikanischen Vorstellungen für eine wirtschaftliche und politische Neuordnung Europas langfristig durchsetzen⁴². Damit hätte die europäische Integration ihren historischen und politischen Ort im so genannten amerikanischen bzw. atlantischen Zeitalter gehabt⁴³. Lag somit der frühere US Außenminister Dean Acheson richtig, als er den Titel „Present at the Creation“⁴⁴ für seine Memoiren auswählte?

³⁷ Charles S. Maier, Alliance and autonomy: European identity and U.S. foreign policy objectives in the Truman years, in: The Truman presidency. Ed. By Michael J. Lacey. Cambridge 1989, S. 273-283. – Charles S. Maier, The two postwar eras and the conditions for stability in twentieth century Europe, in: In search of stability. Explorations in Historical Political Economy. Hrsg. v. Charles S. Maier. Cambridge 1987, S. 153-183.

³⁸ Detlef Junker, Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen, in: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch. Hrsg. v. Detlef Junker. Bd. 1, Stuttgart u. München 2001, S. 17-58.

³⁹ Geir Lundestad, The United States and Western Europe since 1945. From “Empire” by Invitation to Transatlantic Drift. Oxford 2005, S. 27-110.

⁴⁰ Klaus Schwabe, Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte. Paderborn u.a. 2006, S. 173-201 u. 231-242 [künftig zitiert: Schwabe, Weltmacht].

⁴¹ Beate Neuss, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945-1958. Baden-Baden 2000 (künftig zitiert: Neuss, Geburtshelfer Europas). – Beate Neuss, Der „gütige Hegemon“ und Europa. Die Rolle der USA bei der europäischen Einigung, in: Politische Studien 51(2000) Sonderheft 4, S. 8-20. – Siehe auch: Reiner Marcowitz, Im Spannungsverhältnis von Amerikanisierung, Europäisierung und Westernisierung. Die Zäsur der 1960er und 1970er Jahre für die transatlantische Europadebatte, in: Deutschland – Frankreich – Nordamerika. Transfers, Imaginationen, Beziehungen. Hrsg. v. Chantal Metzger u. Hartmut Kaelble. München 2006, S. 103 [künftig zitiert: Marcowitz, Spannungsverhältnis].

⁴² Die Kritik an diesem Modell bezieht sich auf die Vernachlässigung europäischer Antriebskräfte für den Integrationsprozess. Siehe: Trunk, Politische Eliten, S. 17. – Jüngere Historiker deuten gar die Rolle der USA für den europäischen Einigungsprozess als eine Art Vaterschaft. So schreibt beispielsweise die Österreicherin Brigitte Leucht „Die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu jeglicher europapolitischer Initiative, die europäische Integration voranzutreiben, war entscheidend für deren Verwirklichung.“ (Brigitte Leucht, Die Gründung des „Neuen Europa“, 1950/51. Die Bedeutung einer transatlantisch-rechtlichen Perspektive für die Erforschung der europäischen Integration, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 3(2003)2, S. 54).

⁴³ Jürgen Heideking, Die USA und Europa im 20. Jahrhundert, in: Nord und Süd in Amerika. Gemeinsamkeiten – Gegensätze - Europäischer Hintergrund. Hrsg. v. Wolfgang Reinhard u. Peter Waldmann. Bd. 2, Freiburg 1992, S. 1223-1230.

⁴⁴ Dean Acheson, Present at the Creation. New York 1969.

Die atlantische Identität

Die Einheit Europas war kein Kriegsziel der Alliierten. Amerikaner und Sowjets lehnten es ab, die Einigung Europas als Tagesordnungspunkt auf ihren Kriegskonferenzen zu behandeln⁴⁵. Der noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges verstorbene US-Präsident Franklin D. Roosevelt setzte sich für eine weltweite Sicherheitsorganisation unter der Führung der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Chinas und Großbritanniens ein, die freilich keine regionalen Bündnisse, wie beispielsweise einen europäischen Staatenbund zulassen sollte. Roosevelts globale Gleichgewichtspolitik, sein „one-world“-Konzept, teilte die Welt in Interessensphären auf⁴⁶. Es eröffnete der UdSSR Einfluß auf Ost- und Mitteleuropa. Westeuropa sollte hingegen der britischen Einflussnahme unterliegen. Nach diesen Vorstellungen spielte Deutschland für das Mächtegleichgewicht in Europa keine Rolle mehr⁴⁷.

In ihrer Erklärung über die befreiten Gebiete Europas auf der Konferenz in Jalta vom Februar 1945 bekannten sich die Kriegsalliierten USA, Sowjetunion und Großbritannien zu Menschenrechte und demokratischer Selbstbestimmung in allen Teilen Europas⁴⁸. Wenn gleich die Europäer sicherheitspolitisch von den Siegermächten abhängig bleiben sollten⁴⁹. Der amerikanische Präsident hoffte gar, eines Tages die Sowjetunion für die westlichen Werte gewinnen zu können⁵⁰.

Roosevelts Politik zielte darauf ab, eine amerikanische Führungsrolle in der Welt durch internationale Institutionen auszuüben. Die Vereinten Nationen sollten für die Sicherheit in der Welt Sorge tragen, der Internationale Währungsfonds ein stabiles Währungssystem sicherstellen, die Weltbank Aufbau und Entwicklung in der Welt organisieren und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen den freien Handel gewährleisten. Damit waren die Grundlagen einer Pax Americana beschrieben. Die hegemoniale Stellung der Vereinigten Staaten basierte auf einer engen währungspolitischen Kooperation mit dem Dollar als Leitwährung und einem liberalisierten Welthandel. Schon 1941 vertraten einflussreiche Vertreter aus Politik und Wirtschaft in den USA die Auffassung, dass wegen der Unfähigkeit Europas eine amerikanische

⁴⁵ Franz Knipping, Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas. München 2004, S. 40.

⁴⁶ Melvyn P. Leffler, The American Conception of National Security and the Beginning of the Cold War 1946-48, in: AHR 89(1984)2, S. 346-380.

⁴⁷ Robert Murphy, Diplomat among Warriors. New York 1964, S. 227 u. 281.

⁴⁸ Declaration on Liberated Europe, Februar 1945, in: The Conferences at Malta and Yalta, *Foreign Relations of the United States*, Washington 1955, S. 971f.

⁴⁹ Klaus Schwabe, Europabilder der Weltmacht Amerika, in: Europa und Europabilder. Hrsg. v. Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Heidelberg 2000, S. 65f. [künftig zitiert: Schwabe, Europabilder]. – Schwabe, Weltmacht, S. 138-149.

⁵⁰ Schwabe, Europabilder, S. 65. – Cushing Strout, The American Image of the Old World. New York 1939, S. 226 u. 234 [künftig zitiert: Strout, American Image].

Führerschaft notwendig sei, um eine friedliche und liberale Weltordnung sicherzustellen. Für das Life Magazin war die Zeit reif für das „American Century“.⁵¹

Die Amerikaner befürchteten eine zukünftige deutsche Dominanz in einem integrierten Europa sowie den Aufbau von Handelshemmnissen und damit einen erschwerten Zugang für US-Produkte zu einem gemeinsamen europäischen Markt. Diese Einwände traten vor den wachsenden Spannungen zwischen Ost und West, die schon von den Zeitgenossen als „Kalter Krieg“⁵² bezeichnet wurde, zurück⁵³. Ausgelöst von der sowjetischen Politik in Persien im Jahr 1946, den gescheiterten Verhandlungen über den amerikanischen Plan zur Neutralisierung und Entmilitarisierung Deutschlands⁵⁴ und dem wegen der Krise des britischen Pfundes erzwungenen Rückzugs Londons aus Griechenland im Februar 1947, wo es bis dahin als Stabilisierungsfaktor galt, kündigte der Nachfolger Roosevelts, Harry S. Truman, in seiner Kongressrede vom 12. März 1947 die auf Kooperation mit der Sowjetunion angelegte Politik auf und übernahm die Rolle Großbritanniens in Südosteuropa⁵⁵.

Der amerikanische Kongress reagierte auf die veränderte Situation, als er in einer im März 1947 verabschiedeten Resolution die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa im Rahmen der Vereinten Nationen forderte⁵⁶. Diesen Kurswechsel zur Einigung Europas vollzog die Truman Regierung wenige Monate später. Den wirtschaftlichen Kollaps Westeuropas vor Augen, trotz US-Hilfsprogrammen im Wert von neun Milliarden Dollar im Zeitraum von 1945 bis 1947, ließ die amerikanische Regierung zum ersten Mal einen gesamteuropäischen Integrationsansatz in ihrer Außenpolitik erkennen, als sie die Lösung der europäischen Wirtschaftsprobleme in Angriff nahm. Ihr Hilfsprogramm, der nach dem US Außenminister benannte Marshall-Plan, richtete sich ursprünglich an alle Staaten und verband die Mittelvergabe mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. Die Europäer waren gar aufgefordert, selber das Programm gemeinsam zu planen und durchzuführen. Damit sollten sie die Verantwortung für die Ausführung – und ein mögliches Scheitern – auch gemeinsam tragen⁵⁷.

⁵¹ *David P. Calleo*, Rethink Europe's Future. Princeton 2001, S. 89f.

⁵² *Walter Lippmann*, The Cold War. New York 1947.

⁵³ *Michael Hogan*, The Marshall Plan: America, Britain and the Reconstruction of Western Europe, 1947-1952. Cambridge 1987, S. 27f. [künftig zitiert: Hogan, Marshall Plan]. – *Max Beloff*, The United States and the Unity of Europe. Washington, D.C. 1963, S. 1-12.

⁵⁴ *Axel Frohn*, Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945-1949. Frankfurt am Main 1985, S. 70-85. – *James F. Byrnes*, All in One Lifetime. New York, S. 316f., 337f. u. 365f.

⁵⁵ *Neuss*, Geburtshelfer Europas, S. 35f.

⁵⁶ *Neuss*, Geburtshelfer Europas, S. 30-37.

⁵⁷ *Schwabe*, Marshall-Plan, S. 67f.

Dem Marshall-Plan lagen weitreichende Ziele und Absichten zugrunde. Die Amerikaner hofften auf diese Weise, ihr Wirtschafts- und Regierungssystem, Föderalismus, Demokratie sowie offene und freie Märkte, auf die Europäer zu übertragen und diese in wenigen Jahren in die Lage zu versetzen, von zusätzlichen amerikanischen Finanzmitteln unabhängig zu sein⁵⁸. Europa sollte zu einer „economic federation“⁵⁹ zusammenwachsen. Bei diesen Überlegungen galten die Vereinigten Staaten als Modell für eine europäische Einigung. Die Amerikaner beabsichtigten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Liberalisierung durch supranationale Institutionen abzusichern. Konkret dachte Washington daran, dass die Europäer eine supranationale Lenkungsbehörde zur Verteilung der finanziellen Hilfe einrichten sollten. Dabei hofften sie, an die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen in Europa zwischen dem industrialisierten Westen und dem agrarischen Osten anknüpfen zu können und auf diese Weise den Wiederaufbau des alten Kontinents zu erleichtern⁶⁰.

Ihr Versuch, einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß in Gang zu setzen, scheiterte jedoch schon im Anfangsstadium. Nach Ablehnung des Washingtoner Hilfsangebots durch die UdSSR und die in ihrem Einflussbereich befindlichen Staaten im Jahr 1947 konzentrierte sich die amerikanische Wirtschaftshilfe auf Westeuropa⁶¹. Das State Departement hatte mit der sowjetischen Absage gerechnet, ja sogar darauf gehofft, denn nur auf diese Weise konnte der Marshall-Plan im Rahmen der Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR von Nutzen sein. Die von der US-Administration erwartete integrationspolitische Schubkraft des Marshallplans blieb allerdings aus. Die zur Verteilung der Marshallhilfe gegründete Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit konnte von ihrer Struktur her diese Aufgabe nicht erfüllen. Sie war eine internationale Organisation klassischen Typs und beruhte auf dem Prinzip der Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten.

Der von der Truman Administration ausgehende Integrationsimpuls scheiterte an den nationalen Sonderinteressen der Westeuropäer. Erfolgreich hatten die Briten französische Wünsche nach supranationalen Strukturelementen abwehren können und eine intergouvernementale Kooperation ohne Souveränitätstransfer durchgesetzt⁶². Es war aber auch ein Brite und zwar Außenminister Ernest Bevin, der einen Ausweg aus dieser Situation anzubieten schien. Im Jahr 1948 warb er für die Errichtung einer Westlichen Union. Hierunter verstand der britische Außenminister eine auf militärischen, politischen und wirtschaftlichen

⁵⁸ *Werner Link*, Die Rolle der USA im westeuropäischen Integrationsprozeß, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/1972, S. 5. - *Schwabe*, Marshall-Plan, S. 49-51. - *Tony Smith*, *The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*. Princeton 1994, S. 146-176. - *Hogan*, Marshall Plan, S. 445.

⁵⁹ *Hogan*, Marshall Plan, S. 293.

⁶⁰ *Gerold Ambrosius*, *Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien*. Frankfurt a.M. 1996, S. 76.

⁶¹ *Schwabe*, Marshall-Plan, S. 56-59.

⁶² *Hogan*, Marshall Plan, S. 88-135.

Interessen beruhende Atlantische Gemeinschaft⁶³. Die US Regierung griff den Vorschlag auf und machte allerdings eine atlantische Partnerschaft von Kooperationsfortschritten unter den Europäern abhängig. Das war die Geburtsstunde des Brüsseler Paktes⁶⁴. Er war ein klassisches Militärbündnis mit einer automatischen Beistandspflicht. Die politischen und kulturellen Vertragsinhalte waren außergewöhnlich. Die Signatarstaaten, Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten, erklärten in Artikel III, daß ihre Völker zu einer „common civilization“⁶⁵ gehörten und gemäß der Präambel, ein „common heritage“⁶⁶ besäßen. Die Prinzipien auf denen die gemeinsame Zivilisation und das gemeinsame Erbe ruhten, führten sie in der Präambel des Vertrages auf „democracy, personal freedom and political liberty, the constitutional traditions and the rule of law“⁶⁷. Von Anfang an begriffen sich die Vertragspartner als eine Wertegemeinschaft, die sich durch eine von Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, historischem Erbe geprägte gemeinsame Zivilisation begriff.

Die beiden zentralen Begriffe „gemeinsame Zivilisation“ und „gemeinsames Erbe“ griffen die Europäer bei der Gründung des Europarates⁶⁸ im Jahr 1949 erneut auf. Die Präambel der Satzung des Europarates bezeichnete die geistigen und moralischen Werte, die das gemeinsame Erbe der künftig im Europarat vereinigten Völker darstellten, als die Quellen individueller und politischer Freiheit sowie der Herrschaft des Rechts. Diese wiederum seien die Grundlage einer jeden Demokratie⁶⁹. Die Satzung definierte gar in Artikel 1 als Aufgabenstellung, die Ideale und Grundsätze, die das gemeinsame Erbe der Mitgliedstaaten bildeten, zu schützen und zu fördern⁷⁰. In der Debatte der Beratenden Versammlung im Jahr 1949 herrschte Einigkeit darüber, dass das Wesen der europäischen Zivilisation und ihres gemeinsamen Erbes durch Antike und Christentum bestimmt sei⁷¹.

⁶³ Frank Costigliola, Culture, Emotion, and the Creation of the Atlantic Identity, 1948-1952, in: No End to Alliance. The United States and Western Europe: Past, Present and Future. Hrsg. v. Geir Ludestad. London 1998, S. 28 [künftig zitiert: Costigliola, Atlantic Identity].

⁶⁴ Wolfgang Krieger, Gründung und Entwicklung des Brüsseler Paktes, in: Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948-1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz. Hrsg. v. Norbert Wiggershaus u. Roland G. Foerster. Boppard a.R. 1988, S. 191-209.

⁶⁵ Article III to the Treaty of economic, social and cultural collaboration and collective self-defence. Brussels, 17 March 1948, in: <http://www.ena.lu>

⁶⁶ Preamble to the Treaty of economic, social and cultural collaboration and collective self-defence. Brussels, 17 March 1948, in: <http://www.ena.lu>

⁶⁷ Preamble to the Treaty of economic, social and cultural collaboration and collective self-defence. Brussels, 17 March 1948, in: <http://www.ena.lu>

⁶⁸ Zu den Gründungsmitgliedern zählen die Beneluxstaaten, Frankreich, Dänemark, Irland, Italien, Norwegen, Schweden, Großbritannien und Nordirland.

⁶⁹ Statute of the Council of Europe, London 5.V.1949, in: <http://conventions.coe.int/Treaty/EN/Treaties/Html/001.htm>

⁷⁰ Statute of the Council of Europe, London 5.V.1949, in: <http://conventions.coe.int/Treaty/EN/Treaties/Html/001.htm> - Der Verweis auf gemeinsame historische und kulturelle Werte erfolgte noch dezidiert in der Kulturkonvention des Euroaprates im Jahr 1954. Siehe: *Olaf Schwencke*, Europa fördert Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49, 2004, www.bpb.de/publikationen/GDHE9S.html [künftig zitiert: Schwencke, Kultur].

⁷¹ *Trunk*, Politische Eliten, S. 64-67 u.71.

Der Verwestlichungsprozeß war freilich nicht auf eine Region in der Welt begrenzt. Die Menschenrechte beanspruchten Universalität⁷². Die Vollversammlung der Vereinten Nationen setzte den Maßstab für alle Staaten in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948⁷³.

Der Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und kollektive Selbstverteidigung vom 17. März 1948 erfüllte die amerikanische Vorbedingung und machte den Weg frei für Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Brüsseler Paktes, den USA und Kanada. Die Verhandlungen führten zur Gründung des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) im April 1949. Die Vertragspartner teilten gemeinsame Werte⁷⁴. Sie betrachteten ihre Völker als Teile einer gemeinsamen Zivilisation und eines gemeinsamen kulturellen Erbes basierend auf „the principles of democracy, individual liberty and the rule of law“⁷⁵. Deutlich kam diese Haltung in der Präambel des Vertrags zum Ausdruck. Das einen Tag nach der Bekanntgabe des NATO-Vertrags von der amerikanischen Regierung veröffentlichte Weißbuch bestätigte diese Auffassung mit den Worten:

Der Vertrag hat seine Wurzeln in der Zivilisation und dem gemeinsamen Erbe der Völker, die diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans leben. Die Bande zwischen diesen Völkern beruhen nicht nur auf derselben kulturellen Vergangenheit, sondern auch auf dem tiefverwurzelten gemeinsamen Glauben an die Menschenwürde und den Wert der menschlichen Person, die Grundsätze der Demokratie und die rechtsstaatliche Ordnung⁷⁶.

Für US Außenminister, Dean Acheson, war die NATO das Produkt einer über 350jährigen Geschichte, die nunmehr beide Hälften der Gemeinschaft zusammenfügte⁷⁷. Die Überzeugung der Mitgliedstaaten, eine Wertegemeinschaft zu bilden, war und ist ein wesentlicher Gesichtspunkt der NATO⁷⁸. Das ist der Grund gewesen, weshalb die Türkei im Jahr 1951 Mitglied

⁷² Siehe hierzu die Habilitationsschrift von *Ludger Kühnhardt*, Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs. München 1987.

⁷³ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Entschließung 217 A (III) vom 10. Dezember 1948, in: Forum der Welt. 40 Jahr Vereinte Nationen. Hrsg. v. Peter J. Opitz u. Volker Rittberger. Bonn 1986, S. 335-338. – Siehe auch: *Klaus Dicke*, 40 Jahre Menschenrechtsschutz durch die Vereinten Nationen, in: Forum der Welt. 40 Jahr Vereinte Nationen. Hrsg. v. Peter J. Opitz u. Volker Rittberger. Bonn 1986, S. 153-155.

⁷⁴ Der deutsche Soziologe Hans Joas definierte Werte „als selbst emotional stark besetzte Vorstellungen über das Wünschenswerte“ (*Hans Joas*, Die kulturellen Werte Europas, in: Die kulturellen Werte Europas. Hrsg. v. Hans Joas u. Klaus Wiegandt. 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2005, S. 15 [künftig zitiert: Joas, Werte]).

⁷⁵ The North Atlantic Treaty, Washington D.C., 4 April 1949, in: <http://www.nato.int/docu/basic/txt/treaty.htm>

⁷⁶ Zitiert bei: *Freymond*, Atlantische Welt, S. 238.

⁷⁷ *David Calleo*, The Atlantic Fantasy. The U.S., NATO and Europe. Baltimore u. London 1970, S. 24. - *Strout*, American Image, S. 240.

⁷⁸ *Jürgen Heideking*, Die USA und Europa in den internationalen Beziehungen des 20. Jahrhunderts, in: Nord und Süd in Amerika. Gemeinsamkeiten, Gegensätze, Europäischer Hintergrund. Hrsg. v. Wolfgang Reinhard u. Peter Waldemann. Bd. 2, Freiburg 1992, S. 1227.

werden konnte⁷⁹ und drei Jahre später der sowjetische Aufnahmeantrag abgelehnt worden ist⁸⁰. Die Türkei war schon im April 1950 dem Europarat beigetreten. Die Zeitgenossen hatten offenbar ein umfassendes geographisches Verständnis von Europa. Im Jahr 1947 sprachen sich in einer Umfrage in Frankreich über 50 % der Befragten für eine türkische Mitgliedschaft in einem vereinten Europa aus⁸¹.

Gemäß Artikel II des NATO-Vertrags verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, zu einem besseren Verständnis ihrer gemeinsamen Werte beizutragen⁸². Diesem Zweck diene das im September 1951 gegründete „Committee on Atlantic Community“. Ein Gemeinschaftssinn sollte auf der Basis einer gemeinsamen Identität und zwar – der Atlantischen Identität – entstehen⁸³.

Die Ratifikation des NATO-Vertrags durch die Parlamente der Mitgliedstaaten ist der wichtigste Vertragsabschluß nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Strategie der „doppelten Eindämmung“⁸⁴, die der erste NATO Generalsekretär, Lord Ismay, sardonisch mit den Worten kommentierte „to keep the Americans in, the Germans down and the Russians out“⁸⁵, bildete nicht nur den Rahmen für ein Militärbündnis sondern auch das Fundament für eine weitreichende amerikanische Verpflichtung gegenüber Europa. Ende 1949 diskutierten die Politikplaner im State Departement die Ausdehnung der NATO auf die Bereiche Wirtschaft und Politik der Mitgliedstaaten. Zu Beginn des darauf folgenden Jahres lag dem amerikanischen Senat ein Resolutionsentwurf vor, der für eine föderale Verfassung für die Mitgliedstaaten einer Atlantischen Union warb. Die NATO sollte offensichtlich zu einer supranationalen Organisation ausgebaut werden. Der Verzicht auf Souveränitätsrechte hätte die Bedeutung und Rolle der Vereinigten Staaten als Hegemon der westlichen Welt gemindert. Amerikaner und Europäer hätten auf Augenhöhe miteinander verhandelt und eine gegen die Interessen der Vereinigten Staaten getroffene Mehrheitsentscheidung hätte die Regierung in Washington, D.C. dann hinnehmen müssen⁸⁶.

⁷⁹ An dieser Stelle darf der Hinweis nicht fehlen, daß die Türkei zwischenzeitlich vom Militär regiert wurde. Ein Umstand, der das Selbstverständnis der NATO nicht beeinflusste. Siehe hierzu auch: *Winkler*, Westen, S. 18.

⁸⁰ *Hans Heinrich Mahnke*, Das Problem der Einheit der Völkerrechtsgemeinschaft und die Organisation der internationalen Sicherheit. Berlin 1960, S. 137f.

⁸¹ *Schmale*, Europäische Identität, S. 115.

⁸² The North Atlantic Treaty, Washington D.C., 4 April 1949, in: <http://www.nato.int/docu/basic/txt/treaty.htm>

⁸³ *Wilfried Mausbach*, Erdachte Welten: Deutschland und der Westen in den 1950er Jahren, in: Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Detlef Junker. Hrsg. v. Manfred Berg und Philipp Gassert. Stuttgart 2004, S. 436f. [künftig zitiert: Mausbach, Erdachte Welten]. - *Costigliola*, Atlantic Identity, S. 29-33.

⁸⁴ *Wolfram F. Hanrieder*, Germany, America, Europe. New Haven 1989, S. 30f.

⁸⁵ Zitiert bei: *David S. Yost*, NATO Transformed: The Alliance's New Roles in International Security, Washington, D.C. 1998, S. 52.

⁸⁶ *Klaus Schwabe*, Atlantic Partnership and European Integration. American-European Policies and the German Problem, 1947-1966, in: No end to Alliance. The United States and Western Europe: Past, Present and Future. Ed. By Geir Lundestad. London 1998, S. 43-45 [künftig zitiert: Schwabe, Atlantic Partnership]. - *Schwabe*, Europabilder, S. 67f.

Die Idee war nicht neu!⁸⁷ In den 30er Jahren und während des Zweiten Weltkriegs warben prominente Fürsprecher für eine atlantische Union. In den USA verbreiteten die Journalisten Walter Lippmann⁸⁸, Forrest Davis⁸⁹ und Clarence Streit⁹⁰ in ihren Schriften diesen Gedanken und in Europa der Schweizer Historiker Gonzague de Reynold und Jacques Pirenne,⁹¹ Orientalist, Jurist, Philosoph, politischer Berater König Leopold III. und Sohn des bedeutenden belgischen Geschichtsschreibers⁹². Unter ihnen war freilich Lippmann der einflussreichste Vertreter. Schon im Februar 1917 warb er für seine Auffassung, daß die USA ein Teil der Atlantischen Gemeinschaft seien und als Mitglied handeln sollten⁹³. Wenige Monate später traten die Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg ein. Im Zweiten Weltkrieg griff er die Idee noch einmal auf und definierte die Atlantische Gemeinschaft geographisch und weltanschaulich „the extension of Western or Latin Christendom from the Western Mediterranean into the whole basin of the Atlantic Ocean“⁹⁴. Der hartnäckigste Vertreter der atlantischen Idee war Streit. Er warb im amerikanischen Senat für seine Visionen von einem nordatlantischen Bundesstaat und gründete im Jahr 1949 das „Atlantic Union Committee“, das sich für die Umwandlung der NATO in ein eigenständiges und unverwechselbares Ganzes einsetzte⁹⁵.

Die Diskussion in den USA⁹⁶ fand einen Widerhall unter den politischen Eliten in Westeuropa. Insbesondere schenkten die Briten ihr Aufmerksamkeit, zumal der kanadische Senat eine einschlägige Resolution verabschiedete. Im März 1951 reagierte Premierminister Winston Churchill äußerst zurückhaltend auf Bestrebungen amerikanischer Senatoren, die die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten einer Atlantischen Union ausloteten. Er sah hierin eine Gefährdung der britischen Beziehungen zum Commonwealth und damit der eigenen Rolle als Weltmacht⁹⁷. In den politischen Diskussionen in der Gemeinsamen Versammlung des Europarats war die Bezugnahme auf die atlantische Gemeinschaft selten anzutreffen. In der Regel zeigten britische Vertreter sich diesem Thema aufgeschlossen gegenüber. Einigkeit herrschte

⁸⁷ *Bailyn*, Idea of Atlantic History, S. 20-23. - *Miliopoulos*, Politische Idee, S. 41-43. - *Bailyn*, Atlantic History, S. 6-9.

⁸⁸ *Walter Lippmann*, Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Zürich 1944, S. 123-144 u. 210-213.

⁸⁹ *Forrest Davis*, The Atlantic System. The Story of Anglo-American Control of the Seas. New York 1941, S. XI u. 329.

⁹⁰ *Clarence K. Streit*, Union Now. A proposal for a Federal Union of the Democracies of the North Atlantic. 4. Aufl., New York u. London 1939, http://www.constitution.org/aun/union_now.htm

⁹¹ *Freymond*, Atlantische Welt, S. 227.

⁹² *Jacques Pirenne*, Die großen Strömungen in der Weltgeschichte. Von der Antike bis zum Abschluß des Zweiten Weltkrieges. Bd. 3, Bern 1949, S. 704-719.

⁹³ *Ronald Steel*, Walter Lippmann and the American Century. Boston 1980, S. 111 [künftig zitiert: Steel, Lippmann].

⁹⁴ Zitiert bei: *Bailyn*, Idea of Atlantic History, S. 22. – Siehe auch: *Steel*, Lippmann, S. 339, 380 u. 404ff.

⁹⁵ *Freymond*, Atlantische Welt, S. 228. - *Miliopoulos*, Politische Idee, S. 43.

⁹⁶ Zur Diskussion unter amerikanischen Historikern siehe: *Bailyn*, Atlantic History, S. 12-14.

⁹⁷ *Trunk*, Politische Eliten, S. 197f.

unter den Parlamentariern wohl aber in dem Punkt, daß Westeuropa mit den USA ein gemeinsames westliches Lager bildete⁹⁸.

Die Idee, die NATO als Fundament für den weiteren Ausbau der europäischen Einigung einschließlich Nordamerikas zu betrachten, war nicht die erste politische Wahl der Truman-Administration. Nach Ansicht der Regierung sollte der europäische Integrationsprozeß die unabhängige Position der USA in der NATO nicht berühren. Damit grenzten die Amerikaner die Entwicklungsmöglichkeiten der NATO deutlich ein. Sie konzentrierten nunmehr ihre Europapolitik auf Frankreich und trugen der französischen Regierung die Führerschaft für die Einigung Europas an. Dabei nahm die Truman-Administration in Kauf, daß Großbritannien am europäischen Integrationsprozeß nicht teilnehmen würde⁹⁹.

Atlantische Partnerschaft und europäische Integration

Nach längerer Bedenkzeit griff der französische Außenminister Robert Schuman das amerikanische Angebot auf¹⁰⁰. Er war einer der bekanntesten Fürsprecher Europas in Frankreich. Schuman wünschte sich ein „geistiges“ Europa, eine europäische Kultur- und Wertegemeinschaft getragen von Menschenrechten, Demokratie, Freiheit des Einzelnen und Toleranz¹⁰¹. Diese Auffassung brachte er in seiner Rede vor der französischen Nationalversammlung am 8. Juli 1949 zum Ausdruck:

„Europa (muß, der Verf.) geistig zu einer Einheit finden. Der europäische Geist muß der politischen Einigung und auch der ökonomischen Einigung vorangehen. Er wird die Basis und das vitale Element dafür abgeben. Für die Zukunft ist infolgedessen die europäische Erziehung hochbedeutsam“¹⁰².

Schuman erkannte die Bedeutung des kulturellen Aspekts der Europa-Idee für die europäische Identifikation und Solidarität¹⁰³. Seine berühmte Erklärung zur Gründung einer europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft vom 9. Mai 1950 schien der Startschuß für ein supranationales Europa zu sein. Die Frage nach

⁹⁸ Trunk, Politische Eliten, S. 196f.

⁹⁹ Schwabe, Atlantic Partnership, S. 43-45.

¹⁰⁰ Klaus Schwabe, „Ein Akt konstruktiver Staatskunst“ – die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Hrsg. v. Klaus Schwabe. Baden-Baden 1988, S. 211-239.

¹⁰¹ Herbert Elzer, „Atlantiker gegen Europäer“ – Streit um Deutschland bei den Widerstandsdemokraten (UDSR) in der IV. Republik, in: Francia 22(1995)3, S. 68f.

¹⁰² Zitiert nach: Rudolf Mittendorfer, Robert Schuman – Architekt des neuen Europa. Hildesheim 1983, S. 115.

¹⁰³ Gleiches gilt für Jean Monnet: Ute Frevert, Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2003, S. 18. – Sven Papcke, Who needs European Identity and what could it be?, in: The Idea of Europe. Hrsg. v. Brian Nelson u.a.. New York 1992, S. 68.

den gemeinsamen Werten rückte allerdings in den Hintergrund. Weder der Vertrag über die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft noch die später im Jahr 1957 abgeschlossenen Verträge über EURATOM und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft berührten die Frage nach einem gemeinsamen Erbe oder einer gemeinsamen Identität¹⁰⁴. Die drei Gründungsverträge der Europäischen Union richteten keine kulturelle Botschaft an die Völker der Unterzeichnerstaaten. Damit unterscheiden sich die wirtschaftlichen Vereinbarungen erheblich von den im Brüsseler Vertrag getroffenen militärischen Abmachungen. Für eine Wirtschaftsgemeinschaft stellt sich offenbar nicht zwangsläufig die Frage nach gemeinsamen Werten und einer demokratischen Ordnung. Damit drückt die militärische Integration eine qualitativ andere und zwar – höhere – Ebene der Einigungsbemühungen aus.

Dies zeigen auch die Verhandlungen über den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Denn hier war die Übertragung des parlamentarischen Prinzips auf die europäische Ebene vorgesehen. Damit wäre die parlamentarische Demokratie für die Europäer Identität stiftend gewesen und nicht ausschließlich auf die Nation und den Nationalstaat bezogen geblieben¹⁰⁵. Der Vertrag konnte im Mai 1952 unterzeichnet werden. Die EVG war Teil eines supranationalen europäischen Integrationsprozesses, der in der Errichtung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) seinen Höhepunkt finden sollte. Der Entwurf zu diesem Vertrag lag im März 1953 vor. In der Präambel hoben die Mitgliedstaaten Frankreich, Italien, Westdeutschland und die Benelux-Länder ihr „common spiritual inheritance“¹⁰⁶ hervor, eine Formulierung, die zur gleichen Zeit von amerikanischen Politikern häufig benutzt wurde, um das gemeinsame kulturelle Erbe zwischen den USA und den europäischen Staaten zum Ausdruck zu bringen¹⁰⁷. Die in der Präambel gewählten Worte enthalten somit keinen Hinweis auf eine zivilisatorische Differenz oder gar strukturelle Andersartigkeit sondern verstärken eher das Fundament einer gemeinsamen atlantischen Verbindung. Zumal gemäß Artikel 2 EPG Vertrag die Ziele des NATO Vertrages ausdrücklich Vertragsbestandteil der EPG sind. Nur folgerichtig stellt der Vertragsentwurf mit „the dignity, freedom and equality of the people“¹⁰⁸, wesentliche Werte der atlantischen Gemeinschaft in den Vordergrund. Die europäische Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1950 war gemäß Artikel 2 ebenfalls integraler Bestandteil des ersten Entwurfs für eine europäische Verfassung.

¹⁰⁴ Obwohl jeder europäische Staat nach Art. 237 EWG-Vertrag die Aufnahme in die Gemeinschaft beantragen kann, fehlt im Vertragstext eine politische, kulturelle oder gar geographische Definition Europas.

¹⁰⁵ Die parlamentarische Demokratie stellte insofern eine Gemeinsamkeit in der Identität der Westeuropäer aber keine gemeinsame Identität dar. Siehe auch: *Trunk*, Politische Eliten, S. 75f.

¹⁰⁶ Entwurf zu einem Vertrag über die Satzung der Europäischen (Politischen) Gemeinschaft (EPG), 10. März 1953, <http://www.politische-union.de/de/epg1.htm>

¹⁰⁷ *Mausbach*, Erdachte Welten, S. 435f.

¹⁰⁸ Entwurf zu einem Vertrag über die Satzung der Europäischen (Politischen) Gemeinschaft (EPG), 10. März 1953, <http://www.politische-union.de/de/epg1.htm>

Die Amerikaner unterstützten EVG und EPG. Sie verstanden es, beide Einrichtungen in die Nordatlantische Partnerschaft einzufügen und damit die amerikanische Führerschaft zu wahren. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft war der NATO-Führung unterstellt. Die NATO blieb für die strategische Planung verantwortlich und im Kriegsfall waren die Truppen der EVG dem Nato-Oberbefehlshaber, einem amerikanischen General, unterstellt. Beide Organisationen waren durch eine wechselseitige Beistandspflicht miteinander verbunden¹⁰⁹. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft führte die NATO-Strategie der doppelten Eindämmung fort, in dem sie Westdeutschland einband und so der Gefahr einer potentiellen zukünftigen Bedrohung durch Deutschland begegnete. Vor der aktuellen sowjetischen Gefahr schützte der Zusammenschluss, weil die militärischen Kräfte erheblich gestärkt werden sollten¹¹⁰.

Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fand nicht die ungeteilte Unterstützung der Parlamente in Europa. Als die französische Nationalversammlung im Jahr 1954 die Beratungen zur Vertragsratifikation von der Tagesordnung absetzte, war das Vorhaben gescheitert. Die amerikanische Regierung verfolgte trotz des Rückschlags ihrer Europapolitik weiterhin den einmal eingeschlagenen Kurs in der Außenpolitik: Partnerschaft und Zusammenarbeit im atlantischen Rahmen blieben von der Integrationsbereitschaft der Europäer abhängig. Nach ihrer Ansicht waren atlantische Partnerschaft und europäischer Einigungsprozess zwei sich gegenseitig bedingende politische Entwicklungen. Aus diesem Grund unterstützten die Amerikaner die Verhandlungen der Europäer zur Gründung einer europäischen Atomgemeinschaft und einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹¹¹.

Nach Unterzeichnung der so genannten Römischen Verträge im März 1957 und dem so genannten Sputnik-Schock griff NATO-Generalsekretär Paul Henri Spaak die schon während der Präsidentschaft von Harry S. Truman diskutierte Idee einer Atlantischen Gemeinschaft erneut auf. Das Ziel einer der führenden Europapolitiker seiner Zeit war ein zwischen Amerika und Europa abgestimmtes Handeln, beispielsweise in militärischen und außenpolitischen Fragen¹¹². Der Belgier griff mit seinem Vorschlag die Haltung vom Einigungsgedanken begeisterter Eliten in Westeuropa und den USA auf. Im gleichen Jahr veranstaltete beispielsweise das Europa Kolleg in Brügge, das seit 1949 einen

¹⁰⁹ W. Meier-Dörnberg, NATO und EVG, in: Das Nordatlantische Bündnis 1949-1956. Hrsg. v. Klaus A. Maier and Norbert Wiggershaus. München 1993, S. 219ff.

¹¹⁰ Klaus A. Maier, Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und Ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Die EVG Phase. Hrsg. v. Lutz Köllner et al. München 1990, S. 139ff.

¹¹¹ Klaus Schwabe, The United States and European Integration, 1947-1957, in: Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration, 1945-1960. Hrsg. v. Clemens Wurm. Oxford 1995, S. 125ff.

¹¹² Geoffrey Barraclough, Survey of International Affairs 1959/60. London 1964, S. 80.

Europastudiengang anbietet, zum gleichen Thema einen atlantischen Kongress. Die Konferenzteilnehmer aus dem In- und Ausland erkannten die Rolle der Vereinigten Staaten für den europäischen Integrationsprozeß und suchten nach Möglichkeiten intensiverer atlantischer Gemeinschaftsarbeit¹¹³. Das gleiche Ziel verfolgte Friedensnobelpreisträger Norman Angell mit seinem „Atlantic Union Committee“¹¹⁴. Auch unter Intellektuellen, beispielsweise Robert Strausz-Hupé¹¹⁵ und Karl W. Deutsch¹¹⁶, fand das Thema erneut größere Aufmerksamkeit. Die Gelehrte und Publizistin Hannah Arendt sah gar in der atlantischen Zivilisation die letzte Chance für das Überleben der abendländischen Kultur¹¹⁷. In den USA gründeten Anfang der 60er Jahre frühere Spitzenpolitiker, wie die ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover, Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower sowie die vormaligen Außenminister Dean Acheson und Christian Herter, das „Atlantic Council of the United States“¹¹⁸. Sie führten verschiedene amerikanische Vereinigungen zusammen, die sich für einen größeren atlantischen Zusammenhalt einsetzten. Ihr Sprachrohr war das Magazin „The Atlantic Community Quarterly“, in dem führende Politiker, Regierungsvertreter, Journalisten, Intellektuelle, Wissenschaftler sowie führende Militärs und Geschäftsleute aus Nordamerika und Westeuropa mit ihren Reden und Artikeln wiedergegeben wurden¹¹⁹.

Nachdem im Jahr 1958 Charles de Gaulle die Wahlen in Frankreich gewonnen hatte, besaß diese Initiative keine Aussicht auf Erfolg mehr. Der Franzose definierte europäische Identität in Abgrenzung zu den USA. Der General wollte sein Land zu einer unabhängigen und mit Atomwaffen ausgerüsteten Weltmacht hinführen¹²⁰. Zwangsläufig musste sich die französische Außenpolitik zum europäischen Einigungsprozess und gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika ändern¹²¹. De Gaulle stellte die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor die Wahl entweder sich neu unter dem Motto „Europa der Vaterländer“ zu formieren oder aber die bisherige Politik – NATO

¹¹³ Freymond, Atlantische Welt, S. 299.

¹¹⁴ Siehe: Istvan Szent-Miklosy, The Atlantic Union Movement. New York 1965.

¹¹⁵ Robert Strausz-Hupé, James E. Dougherty u. William R. Kintner, Building the Atlantic World. New York, Evanston u. London 1963, S. 35-66.

¹¹⁶ Karl Deutsch, Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience. New York 1969.

¹¹⁷ Arendt, Revolution, S. 278.

¹¹⁸ Miliopoulos, Politische Idee, S. 42. – Melvin Small, The Atlantic Council. The early years. NATO report. 1. Juni 1998, in: www.nato.int/acad/fellow/96-98/small.pdf

¹¹⁹ Bailyn, Atlantic History, S. 9-12.

¹²⁰ Georges-Henri Soutou, L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954-1996. Paris 1996, S. 131. – Pierre Melandri, The Troubled Friendship: France and the United States, 1945-1989, in: No end to Alliance. The United States and Western Europe: Past, Present and Future. Ed. By Geir Lundestad. London 1998, S. 120 [künftig zitiert: Melandri, Troubled Friendship].

¹²¹ Maurice Vaisse, La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969. Paris 1998, S. 209-224.

und europäische Integration unter amerikanischer Schutzherrschaft - fortzuführen¹²². Letzteres schloss er für sein Land aus.

Sein Vorschlag zielte auf eine intergouvernementale Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten unter französischer Vorherrschaft. Der General dachte in machtpolitischen Dimensionen. Einen Systemwechsel wollte er nicht herbeiführen. Ausdrücklich hieß es in dem am 19. Oktober 1961 von Frankreich den EWG Staaten vorgelegten Vertragsentwurf über die Gründung einer Europäischen Politischen Union – der auch als Fouchet-Plan I bezeichnet wird -, daß das Ziel der zu bildenden Staatenunion die Verteidigung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Demokratie sei¹²³.

Der neue amerikanische Präsident, John F. Kennedy, war nicht bereit, eine französische Hegemonie in Westeuropa hinzunehmen. Er sah hierin eine Gefährdung der sicherheitspolitischen Interessen Amerika's. In diesem Bereich wollte Kennedy eine autonome und gegenüber den USA kritische Haltung der Westeuropäer nicht hinnehmen¹²⁴. Seine politischen Berater ermutigten ihn, den Aufbau eines föderalen Europa's zu unterstützen. Auch für den demokratischen Präsidenten basierte die atlantische Partnerschaft auf der europäischen Integration¹²⁵. Seine europapolitischen Vorstellungen, die bald unter dem Namen „Grand Design“ bekannt wurden, stellte er in einer Rede am amerikanischen Unabhängigkeitstag im Jahr 1962 der Öffentlichkeit vor:

We do not regard a strong and united Europe as a rival but as a partner. [...] We see in such a Europe a partner with whom we can deal on a basis of full equality, [...] The first order of business is for our European friends to go forward in forming a more perfect union which will some day make this partnership possible¹²⁶.

Die europäische Integration war demnach eine Vorbedingung für eine zukünftige gleichberechtigte Partnerschaft. Es herrschte in Washington, D.C. die Überzeugung, daß nur ein föderales Europa in der Lage sei, die Kriege auf dem

¹²² *Tim Geiger*, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitische Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958-1969. Oldenbourg 2008, S. 87. – *Geir Lundestad*, The United States and Western Europe since 1945. From "Empire" by Invitation to Transatlantic Drift. Oxford 2005, S. 111-136.

¹²³ Entwurf für einen Vertrag zur Gründung einer Europäischen Politischen Union, in: Europäische Politische Einigung I: 1949-1968. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen. Hrsg. v. Heinrich Sieglar. Bonn 1968, S. 114.

¹²⁴ *Ralph Rotte*, Europa und die USA nach Nizza: Auf dem Weg zu zögerlicher Emanzipation, in: Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. Hrsg. v. Reinhard C. Meier-Walser u. Susanne Luther. München 2002, S. 340f. – Siehe zu den geopolitischen Traditionen amerikanischer Außenpolitik, wonach es eine der amerikanische Weltmacht bedrohlichen Mächtkonzentration auf dem eurasischen Kontinent zu verhindern gilt: *Werner Link*, Historische Kontinuitäten und Diskontinuitäten im transatlantischen Verhältnis – Folgerungen für die Zukunft, in: Europa und Amerika nach der Zeitwende – die Wiederkehr der Geschichte. Hrsg. v. Miles Kahler u. Werner Link. Gütersloh 1995, S. 79ff. u. 153ff.

¹²⁵ *Robert Dallek*, John F. Kennedy. Ein unvollendetes Leben. 3. Aufl., München 2003, S. 547ff.

¹²⁶ *D.C. Watt* (Hrsg.), Documents on International Affairs 1961. London 1971, S. 412.

alten Kontinent zu beenden, ein wirksames Gegengewicht zur UdSSR zu bilden, Deutschland unauflöslich an den Westen zu binden, ein gleichwertiger Partner für die Vereinigten Staaten zu sein und gemeinsam mit den USA die Lasten und Verpflichtungen der Weltführerschaft zu teilen¹²⁷. Für Kennedy waren europäische Integration und atlantische Partnerschaft keine zwei verschiedenen und von einander unabhängigen Entwicklungen. Obwohl der amerikanische Präsident, wie schon zuvor Truman, ausschloss, die NATO in eine Atlantische Union umzuwandeln, glaubten er und seine Nachfolger, daß die atlantische Gemeinschaft eine Partnerschaft ist, die auf gemeinsamen Werten basiert.

Am Ende scheiterten Kennedy und de Gaulle mit ihren Konzepten. De Gaulle entfremdete sich von seinen Verbündeten, als er in Verhandlungen mit der UdSSR versuchte, eine französisch-sowjetische Verständigung in der deutschen Frage zu erzielen¹²⁸. Das französisch-sowjetische rapprochement basierte nicht auf gemeinsamen Werten! De Gaulle verhinderte das in den Römischen Verträgen vorgesehene Mehrheitsprinzip in Abstimmungsverfahren und damit die Gelegenheit, die Europäischen Gemeinschaften zu einer supranationalen Organisation zu entwickeln. Das NATO Hauptquartier musste aus Paris ausziehen und Frankreich verlassen. De Gaulle ließ die französische NATO-Mitgliedschaft ruhen und wollte auf diese Weise Größe und Stärke seines Landes demonstrieren¹²⁹.

In der Folgezeit verloren die amerikanischen Regierungen immer mehr ihr Interesse an den Europäischen Gemeinschaften. Es war nicht nur die Schwäche dieser internationalen Organisation, die eine Partnerschaft im atlantischen Rahmen unmöglich machte, sondern auch der schwindende Einfluß der Amerikaner auf den europäischen Einigungsprozeß und damit verbunden, die Anbindung und Kontrolle Deutschlands an und durch die westliche Welt, die den Wert der Europäischen Gemeinschaften für die Amerikaner minderte. Dieses Ziel stellte nach ihrer Ansicht nur noch die NATO sicher. Deshalb maßen alle US Administrationen nach Kennedy dem europäischen Integrationsprozeß, einen niedrigen Stellenwert zu. Die Schlussfolgerung aus dieser Entwicklung zog US Präsident Richard Nixon. Er formulierte in seinem ersten Bericht zur amerikanischen Außenpolitik vor dem Kongreß am 18. Februar 1970 einen neuen Ansatz der US Europapolitik:

Die Struktur Westeuropas – die Organisation seiner Einheit – ist grundsätzlich die Aufgabe der Europäer. Wir können Europa nicht vereinigen, und wir glauben nicht, daß es nur einen Weg zu diesem Ziel gibt. Wenn die Vereinigten Staaten sich in früheren

¹²⁷ *Henry Kissinger*, *The White House Years*. London 1979, S. 81.

¹²⁸ *Melandri*, *Troubled Friendship*, S. 121f.

¹²⁹ *Eckart Conze*, *Hegemonie durch Integration? Die amerikanischen Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43(1995)2, S. 297-340.

Regierungsperioden zum eifrigen Anwalt machten, dann schadete dies mehr dem Fortschritt als es ihm half. Wir glauben, daß wir den Prozeß der europäischen Einigung nicht nur durch unsere Rolle in der Nordatlantischen Allianz und durch unsere Beziehungen zu den europäischen Institutionen unterstützen können, sondern ebenso durch unsere bilateralen Beziehungen zu den verschiedenen Staaten Europas. Für die weitere Zukunft werden diese Beziehungen die wesentlichen transatlantischen Bindungen darstellen; und daher werden wir fortfahren, sie auszubauen und zu vertiefen¹³⁰.

Zwar blieb das amerikanische Interesse an einer Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, doch der Schwerpunkt lag nunmehr auf den bilateralen Beziehungen zu den europäischen Verbündeten. Auf diese Weise konnten die Vereinigten Staaten ihr politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht am wirksamsten in den Verhandlungen mit ihren Alliierten einbringen und Einfluß in Europa ausüben. Es verwundert deshalb nicht, daß erst im Jahr 2004 George W. Bush als erster amerikanischer Präsident überhaupt die Institutionen der Europäischen Union in Brüssel besuchte¹³¹.

Neue Forschungsarbeiten zur Atlantischen Gemeinschaft, die auf einer Konferenz der University of Pennsylvania in Philadelphia (USA) im Oktober 2009 vorgestellt worden sind, weisen auf den Einfluß der sozio-kulturellen Entwicklung auf die politische Ebene hin. Hiernach wird das nachlassende amerikanische Interesse an Europa auch vor dem Hintergrund der sich verändernden Gesellschaften als eine „post-1968 crisis“ aufgefasst¹³².

Freilich ignorierten die Amerikaner die weiteren Integrationserfolge der Europäer nicht. Insbesondere im außenpolitischen Bereich gelang es ihnen ein Netzwerk von außenpolitischen Konsultationen zwischen ihnen und der EG und später der EU zu institutionalisieren¹³³. Auf diese Weise wollten sie vermeiden, daß die außenpolitischen Positionen zu weit auseinander drifteten.

¹³⁰ Zitiert bei: *Martin J. Hillenbrand*, die USA und die EG: Spannungen und Möglichkeiten, in: *Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme*. Hrsg. v. Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz. Stuttgart und Zürich 1977, S. 289. – Siehe auch: Bericht des Präsidenten M. Nixon an den Kongreß vom 3. Mai 1973, in: *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*. Hrsg. v. *Ernst-Otto Czempiel u. Carl-Christoph Schweitzer*. Bonn 1989, S. 347f.

¹³¹ *Kurt Volker*, The United States and the European Union: A renewed partnership delivering results, May 11, 2006, in: <http://usa.embassy.de/etexts/docs/volker051106e.htm>.

¹³² *Jennifer Rodgers and Katrin Schreiter*, The Decline of the West? The Fate of the Atlantic Community after the Cold War, in: *Bulletin of the German Historical Institute*, Spring 2010, Washington, D.C. 2010, S. 158 [künftig zitiert: *Rodgers and Schreiter, Decline of the West*].

¹³³ *Clemens, Reinfeldt u. Wille*, Integration, S. 199. – *Christian Hacke*, Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton. Berlin 1997, S. 559 u. 562. – *Schwabe*, Weltmacht, S. 371.

Das Selbstverständnis der EG

Nixon wollte der EG nur eine untergeordnete Rolle in der Welt zugestehen. Diese Absicht brachte sein Außenminister, Henry A. Kissinger, zum Ausdruck, als er im April 1973 das „Jahr Europas“ proklamierte. Als Regionalmacht sollte Westeuropa zukünftig in die Globalpolitik der amerikanischen Führungs- und Weltmacht eingebunden werden. Die Europäer konnten sich aber nicht mit der vorgesehenen Rolle des Juniorpartners anfreunden und verwarfen den amerikanischen Vorschlag einer gemeinsamen Atlantikcharta¹³⁴.

Nachdem Nixon den neuen Ansatz der amerikanischen Europapolitik verkündet hatte, beschäftigte sich die Europäische Gemeinschaft mit der Frage nach einer eigenen Identität¹³⁵. Das Ziel der EG-Mitgliedstaaten war es, Europa ein eigenes Gesicht in der Welt zu geben¹³⁶. Am 14. Dezember 1973 veröffentlichten die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften eine Erklärung über die europäische Identität. In ihrer so genannten Erklärung von Kopenhagen stellten sie fest:

Die bestehenden engen Bande zwischen den Vereinigten Staaten und dem Europa der Neun, die einem gemeinsamen Erbe entspringende Werte und Ziele teilen, bringen beiden Seiten Nutzen und müssen gewahrt bleiben. Sie berühren nicht die Entschlossenheit der Neun, als ein eigenständiges, unverwechselbares Ganzes aufzutreten¹³⁷.

Auf der Grundlage dieser Verbindungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika definierten die Europäischen Gemeinschaften ihre eigene Identität und zwar in drei Bereichen:

1. Werte ihrer eigenen rechtlichen, politischen und ethischen Ordnung: Repräsentative Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte.
2. Die europäischen Institutionen, die gemeinsamen Politikfelder und die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit.

¹³⁴ Marcowitz, Spannungsverhältnis, S. 115f. – Ausführlich hierzu: Schwabe, Weltmacht, S. 369-371.

¹³⁵ Wolfgang Wessels, Europäische Identität aus politischer Sicht: Modeerscheinung, Mythos oder magische Legitimitätsformel?, in: Auf der Suche nach Europäischer Identität. Hrsg. v. Wilhelm Henrichsmeyer, Klaus Hildebrand und Bernhard May. Bonn 1995, S. 101-122.

¹³⁶ Jürgen Nielsen-Sikora, Europa der Bürger? Anspruch und Wirklichkeit der europäischen Einigung – eine Spurensuche. Stuttgart 2009, S. 220 [künftig zitiert: Nielsen-Sikora, Europa der Bürger]. - Schmale, Europäische Identität, S. 115 u. 124f. – Nr. 113: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (BRD) Nr. 165, 18. Dezember 1973, in: Europäische Geschichte. Quellen und Materialien. Hrsg. von Hagen Schulze und Ina Ulrike Paul. München 1994, S. 280-283.

¹³⁷ Declaration on European Identity (Copenhagen, 14 December 1973), in: <http://www.ena.lu/declaration-european-identity-copenhagen-14-december-1973-020002278.html>. Siehe auch: Dokumente über die europäische Identität, angenommen von den Außenministern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften am 14. Dezember 1973 in Kopenhagen (Auszug), in: Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2005. Hrsg. v. Curt Gasteyer. Bonn 2005, S. 260.

3. Der auf einer Zollunion basierende Gemeinsame Markt¹³⁸.

Die Außenminister beschrieben die Gemeinsamkeiten Europas, in dem sie die kulturell-wertbezogene und die politische Identität miteinander verbanden. Damit stellten sie die Identitätsfrage in einen Zusammenhang mit den politischen Institutionen der Gemeinschaften und sahen in diesen eigenen Handlungseinheiten den Ausdruck eines politischen Selbstverständnisses in der EG¹³⁹.

Auf dem Weg zur Europäischen Union finden sich diese drei Bereiche der europäischen Identität in allen wichtigen Dokumenten, beispielsweise im Maastrichter Vertrag von 1992, in den Kopenhagener Kriterien für die EU Erweiterung ein Jahr später und schließlich im Verfassungsentwurf für die EU aus dem Jahr 2003. Für die Europäische Union führen diese Merkmale zu einer eigenen und unverwechselbaren Identität.

Zudem hat es von Seiten der Europäischen Kommission nach dem Jahr 1973 zahlreiche Zeichen einer Identität stiftenden Politik gegeben, beispielsweise lancierte der so genannte Tindemans-Bericht¹⁴⁰ vom 29.12.1975 den Begriff „Europa der Bürger“, womit die Forderung nach mehr Bürgernähe der europäischen Einrichtungen verbunden war¹⁴¹. Der nach dem belgischen Premierminister Leo Tindemans benannte Bericht über die Europäische Union forderte zu diesem Zweck eine europäische Kulturpolitik, die ihren Ausdruck in einer Vernetzung der verschiedenen Bildungssysteme finden sollte. Weitere Vorschläge waren eine Erweiterung der Grundrechte, des Verbraucherrechts und der Freizügigkeit der Bürger auf europäischer Ebene¹⁴². Der Belgier verfolgte grundlegende Änderungen. Er wollte nicht nur die Staaten sondern viel mehr die Menschen der Mitgliedstaaten zusammenbringen, ihnen ein gemeinsames europäisches Bewusstsein vermitteln, ihre Rechte und Stellung in der EG stärken sowie die Institutionen wohl mehr auf intergouvernementaler als auf supranationaler Ebene weiter entwickeln¹⁴³.

¹³⁸ Declaration on European Identity (Copenhagen, 14 December 1973), in: <http://www.ena.lu/declaration-european-identity-copenhagen-14-december-1973-020002278.html>.

¹³⁹ Siehe hierzu: *Heinrich Schneider*, Europäische Identität. Historische, kulturelle und politische Dimension, in: *Integration* 14(1991), S. 160-174. – *Marie-Therèse Bitsch*, Conclusion. Les institutions européennes, reflet ou promoteur des identités européennes?, in: *Institutions européennes et identités européennes*. Hrsg. v. Marie-Therèse Bitsch, Wilfried Loth u. Raymond Poidevin Bruxelles 1998, S. 503-511. – *Thomas Meyer*, Die Identität Europas. Die EU eine Seele? Frankfurt a.M. 2004. – Zu den kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten Europas als legitimatorische Grundlage der europäischen Integration siehe: *Weidenfeld*, Europa, S. 13-41. – *Hagen Schulze*, Europäische Identität aus historischer Sicht, in: *Auf der Suche nach europäischer Identität*. Hrsg. v. Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrandt u. Bernhard May. Bonn 1995, S. 17-43.

¹⁴⁰ Der Tindemans-Bericht gilt als ein Meilenstein in der europäischen Integrationsgeschichte. Seine wesentlichen Ziele waren der Aufbau einer Währungs- und Wirtschaftsunion sowie einer Europäischen Union bis 1980. Zu seiner Bedeutung siehe ausführlich: *Nielsen-Sikora*, Europa der Bürger, S. 220-251.

¹⁴¹ Bericht über die Europäische Union (29. Dezember 1975), S. 27, in: www.ena.lu/bericht-europaische-union-29-dezember-1975-3-16956.

¹⁴² *Ebd.*, S. 27-30.

¹⁴³ Hierzu ausführlich: *Nielsen-Sikora*, Europa der Bürger, S. 232f. u. 248f.

Tindemans behandelte auch die Frage nach den Beziehungen der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten, wobei er sich ausdrücklich auf die Kopenhagener Erklärung aus dem Jahr 1973 bezog. Der Belgier forderte einen Umgang auf Augenhöhe miteinander und betonte „zugleich die Gemeinsamkeit unserer grundlegenden Werte“¹⁴⁴ mit den USA. Im nordatlantischen Bündnis sah er die Voraussetzung für den europäischen Integrationsprozeß¹⁴⁵. Ohne Zweifel war Tindemans ein bekennender „Atlantiker“, wenn er die amerikanischen Sicherheitsgarantien mit dem Aufbau der europäischen Integration verband. Für ihn legitimierte die militärische Hegemonie der USA keine politische Führungsrolle in Europa. Vielmehr trat er für eine transatlantische Partnerschaft ein, bei der es um gemeinsame Verantwortung für die globalen Fragen gehen sollte.

Neun Jahre später setzte der Europäische Rat eine Ad-hoc-Kommission mit der Bezeichnung „Europa der Bürger“ ein, die mit ihren Vorschlägen die durch einen technokratischen Politikstil geprägte Europäische Gemeinschaft näher zu den Bürgern bringen sollte. Ein Jahr später, 1985, lag der nach dem Ausschussvorsitzenden, dem italienischen Christdemokraten Pietro Adonnino, benannte Bericht vor. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, die Identität der Gemeinschaft und den Zusammenschluß ihrer Völker zu fördern¹⁴⁶. Ausgangspunkt der Überlegungen war erneut die Kopenhagener Erklärung der Staats- und Regierungschefs aus dem Jahr 1973. Dieses Mal sollten die Bürgerrechte gestärkt werden und zwar durch eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß in der Gemeinschaft. Zunächst dachte der Ausschuss daran, ein einheitliches Wahlverfahren für das Europäische Parlament einzuführen¹⁴⁷. Ein Vorschlag dessen Verwirklichung noch im 21. Jahrhundert in weiter Ferne liegt. Erfolgreicher war Adonnino mit seiner Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht der Bürger anderer Mitgliedstaaten bei lokalen Wahlen¹⁴⁸.

Die Vereinigten Staaten werden im Bericht nicht erwähnt. Nur noch indirekt kann aus den Aussagen auf eine Wertegemeinschaft mit den USA geschlossen werden: „Das kulturelle Erbe Europas ist jedoch nicht auf die Gebiete der Länder der Gemeinschaft begrenzt und endet im übrigen auch nicht an den

¹⁴⁴ Bericht über die Europäische Union (29. Dezember 1975), S. 11, in: www.ena.lu/bericht_europaische_union_29_dezember_1975-3-16956.

¹⁴⁵ *Ebd.*, S. 12.

¹⁴⁶ Bericht des Ausschusses für das „Europa der Bürger“ an den Europäischen Rat von Mailand (Mailand, 28.-29. Juni 1985), in: www.ena.lu/bericht_ausschusses_europa_burger_europaischen_rat_mailand_-29_juni_1985-3-7674 - [künftig zitiert: Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985]. – Siehe auch den Zwischenbericht des Ausschusses: Bericht über das Europa der Bürger (29. März 1985), in: www.ena.lu/bericht_europa_burger_39_märz_1985-3-6355

¹⁴⁷ Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985, S. 4f.

¹⁴⁸ Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985, S. 5.

Grenzen der dem Europarat angehörenden Staaten“¹⁴⁹. Das kulturelle Erbe ist somit kein trennendes sondern ein verbindendes Element mit anderen Völkern und formt somit keine exklusiv europäische Identität. Die „westlichen Werte“ nahmen einen universalen Charakter an. Der fehlende Hinweis auf die atlantische Gemeinschaft ist ein Hinweis auf den Stellenwert von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das europäische Selbstverständnis und das daraus herrührende Sendungsbewusstsein der Europäer und der von ihnen gewünschten Rolle in der Welt¹⁵⁰. Das sich vereinende Europa sah sich als weltpolitische Macht mit einer eigenen unverwechselbaren Identität.

Die verschiedenen in der Europäischen Gemeinschaft gesprochenen Sprachen werden im Bericht als „wesentlicher Bestandteil“¹⁵¹ des kulturellen Erbes bezeichnet. In einem noch viel stärkeren Maß als der Tindemans Bericht beschäftigte sich der Adonnino Ausschuss mit der europäischen Bildungs- und Kulturpolitik und sprach dabei konkrete Empfehlungen aus für den Ausbau der gesamteuropäischen Bildungsinstitutionen, den Fremdsprachenunterricht in den Schulen, die Einrichtung von Austauschprogrammen für Schüler und Studenten sowie den Aufbau eines Systems wechselseitiger Anerkennung von Studienleistungen¹⁵². Die Vorschläge dienten dazu, ein gemeinsames Bewusstsein in der Gemeinschaft zu fördern. Das gleiche Anliegen verfolgten die Mitglieder des Ausschusses mit Initiativen, die eher einen symbolischen Charakter besaßen. Hierzu zählten die europäische Flagge und Hymne, der europäische Feiertag am 9. Mai sowie der gemeinsame Ausweis und Führerschein¹⁵³. Der Maastrichter Vertrag legte dann die Idee einer europäischen Staatsbürgerschaft nieder und im Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden schließlich die Verpflichtungen der Union gegenüber ihren Bürgern festgehalten¹⁵⁴. Damit bediente sich die EG und später die EU in ihrer Identitätspolitik mit den Insignien eines Nationalstaates, die allesamt symbolisch Einheit ausdrückten¹⁵⁵.

Die Symbolpolitik der Europäischen Gemeinschaft konnte sich langfristig nicht durchsetzen. Die zwischenzeitlich im Verfassungsentwurf von 2004 verankerten europäischen Symbole (Fahne, Hymne und Europatag) fanden im Vertrag von Lissabon keine Aufnahme mehr.

¹⁴⁹ Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985, S. 8.

¹⁵⁰ Schmale, Europäische Identität, S. 115-118.

¹⁵¹ Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985, S. 11.

¹⁵² Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985, S. 11-25.

¹⁵³ Bericht „Europa der Bürger“, 29.06.1985, S. 22f.

¹⁵⁴ Daniel Fuß, Europa als Quelle sozialer Identität. Eine internationale vergleichende Analyse ihrer Voraussetzungen und Wirkungen bei jungen Menschen. Gießen 2006, in: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2007/3942/> - Wolfgang Schmale, Geschichte Europas. Wien, Köln u. Weimar 2001, S. 253-257.

¹⁵⁵ Wolfgang Schmale, Geschichte der europäischen Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2008)1-2, S. 14.

Die Berichte von Tindemans und Adonnino waren wichtige Integrationsbemühungen. Ihr Ziel war das kulturelle Europa. Sie wollten die europäischen Bürger an den Integrationsprozeß heranführen und auf diese Weise Legitimität für weitere Integrationsschritte erzielen. Die Ausschüsse erkannten die Notwendigkeit eines Konsenses in der Bevölkerung über gemeinsame Werte. Eine gemeinsame europäische Identität war für sie keine Antwort auf das Demokratiedefizit der Europäischen Gemeinschaft,¹⁵⁶ sondern vielmehr eine Quelle für die Forderung nach ihrer weiteren Demokratisierung¹⁵⁷.

Das Europäische Geschichtsbuch

An Bemühungen und Versuchen, eine europäische Einheit zu legitimieren und damit Lebensorientierung zu bieten, hat es seither nicht gefehlt¹⁵⁸. Sie waren Meilensteine auf dem Weg von einer reinen Wirtschafts- zu einer Wertegemeinschaft. Eine wichtige Rolle spielte die Kulturpolitik. Über die Bildung sollten die Menschen zueinander finden und dabei ein Europabewusstsein entwickeln¹⁵⁹. Schon der Adonnino Ausschuß warb für Schulbücher und Lehrmaterialien, die die europäische Dimension im Unterricht einführen sollten¹⁶⁰. Der Maastrichter Vertrag aus dem Jahr 1992 formulierte gar in Artikel 128 das Ziel, Kenntnisse über Kultur und Geschichte der europäischen Völker zu verbessern und zu verbreiten¹⁶¹.

Noch vor dem Ende des Kalten Krieges unterstützte die Europäische Kommission in Brüssel ein ehrgeiziges Geschichtsprojekt mit finanziellen Mitteln, das ein 500seitiges Buch zur Geschichte Europas, eine zehnteilige Fernsehserie und ein in allen Sprachen der Gemeinschaft zu veröffentlichendes Schulbuch zum Ziel hatte¹⁶². Jedoch stieß schon die Veröffentlichung des ersten

¹⁵⁶ Hierzu siehe: *Cris Shore*, *Inventing the „People’s Europe“: critical approaches to European Community „cultural policy“*, in: *Man*, 28(1993)4, S. 785 [künftig zitiert: *Shore*, *Inventing the „People’s Europe“*].

¹⁵⁷ *Loth*, *Europäische Identität*, S. 17.

¹⁵⁸ Nachfolgend soll eine Annäherung an die Fragestellung – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – versucht werden. - Siehe auch: *Georg Michels*, *Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten*. ZEI Discussion Paper C 93, 2001.

¹⁵⁹ *Schwencke*, *Kultur*, S. 3 u. 8.

¹⁶⁰ *Bericht „Europa der Bürger“*, 29.06.1985, S. 13.

¹⁶¹ Artikel 128 des Vertrags über die Europäische Union, 29. Juli 1992, in: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> - Zur Kulturpolitik der Europäischen Union siehe: *Gudrun Quenzel*, *Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union*. Bielefeld 2005.

¹⁶² Im Jahr 1953, veranstaltete der Europarat in Straßburg zum ersten Mal ein Kolloquium zum Thema „Die europäische Idee im Geschichtsunterricht“. Unverkennbar stellte sich damit diese Institution der pädagogischen Aufgabe, ein gesamteuropäisches Bewußtsein zu schaffen. Seither veranstaltet sie jährlich mindestens eine internationale Konferenz zu Themen der europäischen Geschichte. Darüber hinaus fördert der Europarat Bestrebungen, nationale und religiöse Vorurteile abzubauen. In seinem Bemühen um ein gemeinsames europäisches Geschichtsbild – einer Eurohistorie – konzentrierte er sich zunächst auf die Modifikation der nationalen Geschichtsbücher und unterstützte zu diesem Zweck zahlreiche binationalen Historikerkommissionen (Council of Europe Report, *Against Bias and Prejudice: The Council of Europe’s Work on History Teaching and History Textbooks*. Strasbourg 1986. – In diesem Zusammenhang sei auf die Pionierrolle des Georg Eckerts

Teils der Aufgabe auf heftige Kritik. Der französische Historiker Jean-Baptiste Duroselle wollte mit seiner Arbeit „Europe: A History of Its People“¹⁶³ die Einheit Europas in seiner Verschiedenheit erklären, was dazu führte, daß er die Geschichte des alten Kontinents nicht als organisch gewachsene Einheit sondern als eine Art Mosaik verschiedener Kulturen darstellte. Mag dieser Ansatz in der Geschichtswissenschaft umstritten sein, so orientieren sich Duroselles Thesen aber an vorhandenen Geschichtsbildern. Er stellt die europäische Integration in den Rahmen jahrhundertalter christlicher Werte, langer bestehender Institutionen wie Staat und Kirche sowie in die Kontinuität öffentlichen politischen Denkens. Damit identifizierte Duroselle gemeinsame europäische Strukturelemente, die die Engländer und Griechen, Portugiesen und Belgier, Spanier und Dänen, Deutschen und Franzosen, Niederländer und Italiener einander näher bringen und in ihnen das Bewußtsein einer weit zurückreichenden historischen Identität schaffen sollte. Zwangsläufig konzentrierte sich diese Darstellungsweise auf das Mittelalter und die frühe Neuzeit, was nicht auf die ungeteilte Zustimmung aller Mitgliedstaaten stieß. So war Duroselles Versäumnis, den Beitrag des antiken Griechenlands für die Entwicklung Europas in einem ausreichenden Maß zu würdigen, Anlaß für die Europäische Kommission sich von dem Projekt zu trennen. Die Zeitumstände kamen hinzu, Duroselle hatte sein Buch vor dem Fall der Berliner Mauer begonnen und die geographischen Grenzen des Kontinents mit denen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft weitgehend gleichgesetzt. Dieses auf Westeuropa fixierte Geschichtsbild konnte nach den Ereignissen von 1989/1990 keine allgemeine Zustimmung mehr finden¹⁶⁴.

Erfolgreicher scheint hingegen das Schulbuchprojekt zu verlaufen, obwohl es auch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Zwölf Historiker aus den ehemals zwölf Mitgliedstaaten veröffentlichten ihr Arbeitsergebnis¹⁶⁵ im Jahre 1992. Mittlerweile ist die deutsche Fassung¹⁶⁶ in zweiter Auflage erschienen. Das Geschichtsbuch stößt auch außerhalb Europas auf Interesse, nicht zuletzt auch deswegen, weil in diesem Buch europäische Geschichte aus europäischer Sicht geschrieben wird.

Die wissenschaftliche Debatte über die Wahrnehmung Europas gewann vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen um die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union ständig an Schärfe. Historiker und Soziologen gaben die unterschiedlichsten Ratschläge und Empfehlungen. Vehement und

Instituts in Braunschweig verwiesen. Siehe auch die Arbeiten am Institut für europäische Geschichte der Universität Mainz).

¹⁶³ Jean-Baptiste Duroselle, *Europe: A History of Its People*. London 1991.

¹⁶⁴ Norman Davies, *Europe. A History*. New York 1998, S. 42-44. – Karl Dietrich Erdmann, Einleitung, in: *Das Abendland, Die Geschichte Europas von der Antike bis zur Gegenwart*. Gütersloh u. München 2000, S. 10.

¹⁶⁵ Jacques Montaville et al., *Histoire de l'Europe*. Paris 1992.

¹⁶⁶ Jacque Aldebert u.a., *Das Europäische Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis heute. Eine europäische Initiative von Frédéric Delouche*. 2. Aufl., Stuttgart 1998.

einflußreich vertritt der französische Mediävist Jacques Le Goff die These vom Europa als Raum vielfältiger Kulturen und verschiedenartiger Entwicklungslinien. „Nein“, wie er in seinem essayistischen Buch über „Das alte Europa und die Welt der Moderne“ ausruft, „Europa existierte im Mittelalter nicht, es existiert auch heute noch nicht. Aber die Geschichte hat ihm Grundlagen gegeben [...]“¹⁶⁷. Hierzu zählt er insbesondere das Christentum und die unterschiedlichen Königreiche. „Das ist die Vorwegnahme des Europas der Nationen, denn seit seinen Anfängen zeigt Europa, daß die Einheit aus der Verschiedenartigkeit der Nationen geschaffen werden kann: Europäische Nationen und europäische Einheit sind miteinander verbunden“¹⁶⁸. Er sieht das gemeinsame Erbe bei aller Verschiedenheit in der europäischen Zivilisation, die sich in materiellen Bestandteilen wie Baudenkmalern und Wohnhäusern aber vor allen in kulturellen Elementen ausdrückt. Hierzu zählt er Sprache, Kunststile sowie die Art zu denken, zu fühlen und sich zu verhalten. Diese Bestandteile formen nach Le Goff eine kulturelle Gemeinschaft mit einem eigenen – europäischen – Bewußtsein¹⁶⁹. Daß die Nationen verbindende Glied sieht der Pariser Geschichtsprofessor insbesondere in der christlichen Religion, die allerdings auch den Kontinent teilt. Ausgehend von der aus dem Mittelalter herrührenden Unterscheidung zwischen Okzident und Orient rechnet der französische Mediävist diejenigen Länder, die vom griechischen Christentum der Orthodoxie bekehrt worden sind, nicht zu Europa. Damit trennt er beispielsweise Griechen, Serben, Bulgaren, Rumänen und Russen ebenso von der europäischen Entwicklung wie die islamische Bevölkerung des Balkans¹⁷⁰.

Die Auffassung von Europa als Wertegemeinschaft und einer „western civilization“ muß nicht zwangsläufig zur Forderung nach einer Ausgrenzung auf dem alten Kontinent führen, sondern kann beispielsweise auch umgekehrt die Empfehlung einer Westeuropäisierung Osteuropas beinhalten¹⁷¹. Von eurozentristischen und abendländischen Geschichtsbetrachtungen löst sich der britische Osteuropahistoriker Norman Davies in seinem voluminösen Werk „Europe: A History“¹⁷². Dabei unterscheidet er nicht wie zuvor Le Goff zwischen Slawen und Skandinavieren. Für ihn zählen sie alle zur ethnischen Familie Europas. In seiner Darstellung zeichnet der ehemalige Geschichtsprofessor aus Oxford ein diverses Bild von Europa, daß keine Trennung von Ost und West kennt. Vielmehr arbeitet er Ähnlichkeiten und Unterschiede der einzelnen Länder heraus und kann somit auf verbindende Elemente der verschiedensten Staaten kreuz und quer durch Europa verweisen.

¹⁶⁷ Jacques Le Goff, *Das alte Europa und die Welt der Moderne*. Aus dem Französischen von Tobias Scheffel. München 1996, S. 65 (= Beck'sche Reihe; 1169) [künftig zitiert: Le Goff, *Das alte Europa*].

¹⁶⁸ Le Goff, *Das alte Europa*, S. 15.

¹⁶⁹ Jacques Le Goff erzählt die Geschichte Europas. 5. Aufl., Frankfurt a.M. und New York 2000, S. 22f.

¹⁷⁰ Le Goff, *Das alte Europa*, S. 74f.

¹⁷¹ So beispielsweise der Berliner Zeithistoriker Hagen Schulze. Zitiert bei: *Michael Borgolte*, Die Auferstehung Karls des Großen im translatinischen Europa. Vor welche Probleme der Prozeß der europäischen Integration die Mittelalterforschung stellt, in: www.geschichte.hu-berlin.de/ivgem/

¹⁷² Norman Davies, *Europe: A History*. New York 1998.

Damit gelingt es ihm, bestehende Grenzen zu überschreiten und Europa als Ort vielfältiger Identitäten und verschiedener Loyalitäten zu öffnen. Dabei relativiert Davies die Bedeutung des Christentums, das während der Renaissance und Reformation seine Funktion als Einheitsideal verloren habe. Von konkreten tagespolitischen Schlußfolgerungen hält sich der Brite allerdings fern. Nur sein Wunsch ist offensichtlich, Osteuropa in den europäischen Integrationsprozeß einzuschließen.

Der gescheiterte Verfassungsentwurf hatte sich auch das Konzept von Europa als eine „Einheit in der Vielfalt“ zu eigen gemacht¹⁷³. Gemäß Artikel I-6a lautet die Devise der EU „In Vielfalt geeint“¹⁷⁴. Dieser Ansatz begreift Europa als Hort regionaler und nationaler Vielfalt. Das Europäische an Europa sind hiernach das Nebeneinander von gegensätzlichen und miteinander verbindenden Elementen,¹⁷⁵ die zusammen eine organische Einheit ergeben und sich somit von allen anderen Erdteilen unterscheiden. Demnach ist Europa mehr als eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft, es steht für eine zivilisatorische und kulturelle Idee¹⁷⁶. In der Forschung steht das eurozentristische Konzept in der Kritik, weil es die Vielfalt anderer Erdteile nicht angemessen würdigt und es eine Abgrenzung zu nicht-europäischen Lebensweisen nur gab, als Europa in einer die Welt beherrschenden Position war¹⁷⁷.

Die Vielfalt als Wert war ein Diskussionspunkt in dem von Giscard d'Estaing geleiteten Verfassungskonvent, der sich weitgehend mit Fragen der europäischen Identität befasste. Er unternahm den Versuch, die europäischen Gemeinsamkeiten zu erschließen und sie zu erklären, was insbesondere über ein Bekenntnis zu den Grundwerten geschah, die für alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Grundlage bilden¹⁷⁸. Die Wertorientierung wurde gar zum Strukturmerkmal des Verfassungsvertrages und ist gleich an mehreren Stellen sichtbar. In der Präambel der Charta der Grundrechte der Union wird auf das

¹⁷³ Antje Wiener, Die Verfassung Europas. Konturen eines europäischen Konstitutionalismus, in: Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU. Hrsg. v. Mathias Jopp u. Saskia Matl. Baden-Baden 2007, S. 160.

¹⁷⁴ Vorläufige konsolidierte Fassung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, 25. Juni 2004, in: www.whi-berlin.de/documents/konsolidiertefassung.

¹⁷⁵ Schmale, Europäische Identität, S. 20f.

¹⁷⁶ Jacques Le Goff, Die Geschichte Europas. 5. Aufl., Frankfurt a.M. u. New York 2000, S. 101. – Jacques Aldebert, Das Europäische Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis heute. Stuttgart 1998, S. 9-20. – Jean-Baptiste Duroselle u. Sergio Romano, Das Abendland. Die Geschichte Europas von der Antike bis zur Gegenwart. Gütersloh u. München 2000, S. 13-22. – Davies, Europe, S. 43f.

¹⁷⁷ Clemens, Reinfeldt u. Wille, Integration, S. 21.

¹⁷⁸ Helmut Heit, Einleitung. Die Werte Europas, in: Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU? Hrsg. v. Helmut Heit. Münster 2005, S. 8. – Wolfgang Huber, Der christliche Glaube und die politische Kultur in Europa, in: Theologische Literaturzeitung FORUM, Verfassung ohne Gottesbezug? Zu einer aktuellen europäischen Kontroverse 14(2004), S. 46. – Wolfgang Bergem, Europas Werte als Fundament europäischer Identität, in: Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU? Hrsg. v. Helmut Heit. Münster 2005, S. 280 [künftig zitiert: Bergem, Europas Werte]. – Peter-Christian Müller-Graff, Strukturmerkmale des neuen Verfassungsvertrages für Europa im Entwicklungsgang des Primärrechts, in: Integration (2004)3, S. 200f.

„kulturelle, religiöse und humanistische“ Erbe verwiesen¹⁷⁹ und es ist von „unteilbaren und universellen Werte(n; der Verf.)“¹⁸⁰ die Rede. Damit wird deutlich, daß die Grundwerte in der Verfassung die Europäer nicht von anderen Kulturkreisen trennen sondern eine Brücke bilden, die sie mit anderen Völkern verbindet¹⁸¹. Gerade die Präambel formuliert keine eigene kulturelle Identität und Herkunft Europas¹⁸². Demnach hat Europa eine „universalistische“¹⁸³ Identität, womit sich der Kreis zu den USA schließt.

Europa oder Amerika?

Das Konzept von der Einheit in der Vielfalt erfuhr in Folge der Anschläge auf das World Trade Center in New York sowie das Pentagon in Washington, D.C. am 11. September 2001 und den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit, als Wissenschaftler und Publizisten beiderseits des Atlantiks die kulturelle Gemeinschaft – die westliche Zivilisation – und damit das Fundament der gemeinsamen Verbindung zwischen EU und USA in Frage stellten¹⁸⁴. Je nach politischem Standpunkt waren die Amerikaner, entweder diejenigen die Europa von der Gewaltherrschaft der Nazis befreiten oder diejenigen die gegen Menschenrechte und geltendes Völkerrecht verstießen¹⁸⁵. Die gegensätzlichen außenpolitischen Positionen zum Krieg gegen den Irak basierten hiernach auf strukturellen und kulturellen Differenzen zwischen den USA und den europäischen Staaten, die aus unterschiedlichen historischen

¹⁷⁹ Die Frage nach der Aufnahme eines Gottesbezugs in die Verfassung polarisierte die Mitglieder des Konvents. Die laizistisch geprägten Liberalen und Sozialdemokraten plädierten für die Anerkennung der säkularen Aufklärung als Wertegrundlage und richteten sich deshalb gegen jeden Gottesbezug oder Verweis auf das christliche oder religiöse Erbe Europas. Die Konservativen hingegen sahen die christliche Religion als Quelle der europäischen Werte an. Für die Kirchen war offensichtlich die Aufwertung der kirchlichen Interessen in institutioneller Hinsicht wichtiger als eine Gotteserwähnung in der Verfassung (Siehe: *Heinrich de Wall*, Die Religionen in der Verfassung der Europäischen Union, in: *Recht auf Mission contra Religionsfreiheit. Das christliche Europa auf dem Prüfstand*. Hrsg. v. Peter Krämer u.a. Münster 2007, S. 201).

¹⁸⁰ Vertrag über eine Verfassung für Europa. Entwurf des Europäischen Konvents vom 18. Juli 2003. Hrsg. v. Thomas Läufer. Bonn 2004, S. 52.

¹⁸¹ Siehe auch: *Yi-Kai Chen*, Europäische Verfassung und Europäische Identität. – Der EU-Verfassungsentwurf legitimatorisch betrachtet. Tübingen 2007, S. 42.

¹⁸² *Matthias Belafi*, Christliche Werte und Europäische Verfassung, in: *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?* Hrsg. v. Helmut Heit. Münster 2005, S. 84. - *Bergem*, Europas Werte, S. 272.

¹⁸³ Siehe: *Loth*, Europäische Identität, S. 24.

¹⁸⁴ *Heinrich Vogel*, Das Ende des „Westens“. Tabus in den transatlantischen Beziehungen, in: *Internationale Politik* 58(2003)6, S. 27-34. – *Joas*, Werte, S. 12. - *Novak*, Old Europe. – *Philipp Gassert*, Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven, in: *Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven*. Hrsg. v. Philipp Gassert, Detlef Junker, Wilfried Mausbach u. Martin Thunert. Stuttgart 2009, S. 11f. - Siehe auch: *Robert Kagan*, Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003, S. 65-71 u. 82-88. – *Jeremy Rifkin*, Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt a.M. 2006, S. 9f., 22, 98 u. 217.

¹⁸⁵ *Schmale*, Jacques Godechot, S. 145. - *Günter Verheugen*, Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee. Köln 2005, S. 125 [künftig zitiert. Verheugen, Europa]. - *Rodgers and Schreier*, Decline of the West, S. 158f.

Erfahrungen und der verschiedenen Bedeutung von Religion und Gewalt erklärbar schienen.

So begründete beispielsweise der Aachener Historiker Armin Heinen den kulturellen Unterschied am Beispiel der Todesstrafe¹⁸⁶. Die Praxis der Hinrichtung in vielen Bundesstaaten der USA führte der Zeithistoriker auf die Wertordnung der amerikanischen Gesellschaft zurück, die er in die Tradition der ersten protestantischen Siedlergemeinschaft stellte. Dagegen sei die Erfahrung des Totalitarismus prägend für Europa gewesen. Die europäischen Staaten hätten sich in der Folgezeit zu Demokratie und den Menschenrechten bekannt. Nur folgerichtig sei die Abschaffung der Todesstrafe gewesen.

Unterschiedliche Werte mussten zwangsläufig zu anderen Weltansichten führen. In den Vereinigten Staaten erdachten konservative Autoren gar eine neue auf Individualismus, Dynamik und Assimilationsfähigkeit beruhende Gemeinschaft, die sie „Anglosphere“ nannten und die neben den USA, Großbritannien und Irland zahlreiche Commonwealth Staaten umfasste¹⁸⁷.

Schon im Jahr 2004 wies der Heidelberger Historiker Wilfried Mausbach in dieser Diskussion darauf hin, daß exzeptionalistische Strömungen zu beiden Seiten des Atlantiks eine lange Tradition in den amerikanisch-europäischen Beziehungen besitzt¹⁸⁸. Die Existenz einer Wertegemeinschaft im nordatlantischen Raum verbürgt keineswegs gleichgerichtete Einstellungen zu allen Wertefragen. In den USA gibt es viele Gegner der Todesstrafe und umgekehrt in Europa viele Befürworter von Hinrichtungen. Doch gerade wegen der atlantischen Wertegemeinschaft stößt die Todesstrafe in den USA unter den Eliten Europas auf massive Ablehnung¹⁸⁹. Auch dieses Mal schienen exzeptionalistische Meinungen kein größeres Gewicht zu gewinnen. Die

¹⁸⁶ Armin Heinen, Das „neue Europa“ und das „alte Amerika“. Die Geschichte der Todesstrafe in Deutschland, Frankreich und den USA und die Erfindung der zivilisatorischen Tradition Europas, in: http://www.europa.clio-online.de/site/lang_de/ItemID_177/mid_11481/40208341/Default.aspx - In Buchform: Armin Heinen, Das „neue Europa“ und das „alte Amerika“. Die Geschichte der Todesstrafe in Deutschland, Frankreich und den USA und die Erfindung der zivilisatorischen Tradition Europas, in: Deutschland – Frankreich – Nordamerika. Transfers, Imaginationen, Beziehungen. Hrsg. v. Chantal Metzger u. Hartmut Kaelble. München 2006, S. 209-227. – Für eine andere Bewertung der christlichen Wurzeln in den USA und Europa siehe: *Rodgers and Schreier*, *Decline of the West*, S. 161.

¹⁸⁷ James C. Bennett, An Anglosphere Primer, in: <http://www.pattern.com/bennettj-anglosphereprimer.html>. - Ramesh Ponnuru, The Empire of freedom – Where the United States belongs: the Anglosphere, in: *National Review* 55(2003)5, S. 35-39.

¹⁸⁸ Mausbach, *Erdachte Welten*, S. 448. – Siehe auch: Philipp Gassert, Detlef Junker, Wilfried Mausbach u. Martin Thunert, Vorwort, in: Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven. Hrsg. v. Philipp Gassert, Detlef Junker, Wilfried Mausbach u. Martin Thunert. Stuttgart 2009, S. 7. – Zum amerikanischen Exzeptionalismus siehe auch: Knud Krakau, Exzeptionalismus und Mission. Privileg oder gesteigerte Verantwortung für Amerikas Rolle in der Weltpolitik, in: ebd., S. 63-71.

¹⁸⁹ Karsten Voigt, Begründung eines neuen Atlantizismus. – Von Partnerschaft zu euroatlantischer Gemeinschaft, in: Amerika und Europa. Karlspreis 2000 an Bill Clinton. Hrsg. v. Armin Laschet u. Friedbert Pflüger. Aachen 2000, S. 146f. [künftig zitiert: Voigt, Atlantizismus].

wesentlichen Fragen der EU – Vertiefung und Osterweiterung – einschließlich der NATO-Osterweiterung beeinflussten sie nicht.

Die Vereinigten Staaten begrüßten die Osterweiterung der Europäischen Union, genauso wie sie zuvor auf die NATO-Osterweiterung gedrängt hatten. Mit den vielfältigen Verflechtungsprozessen zwischen West- und Osteuropa breitet sich auch das Denken in den Kategorien der westlichen Zivilisation aus¹⁹⁰ und hilft somit, die demokratische Entwicklung in Osteuropa zu stabilisieren¹⁹¹. Für die amerikanische Regierung blieb die NATO der wesentliche Pfeiler ihrer Europapolitik. Nach wie vor sind NATO und europäische Integration zwei wichtige Faktoren der amerikanischen Außenpolitik. Einen möglichen Widerspruch zwischen engen Verbindungen der neuen Mitgliedstaaten zur EU bei gleichzeitig loyalen Beziehungen zur US Regierung sehen die Amerikaner nicht. Das System bilateraler Beziehungen hat sich seit der Präsidentschaft von Richard Nixon bewährt. Die atlantischen Verbindungen basieren auf einer Wertegemeinschaft aus der eine gemeinsame Vision von politischer und wirtschaftlicher Freiheit entspringt¹⁹². Die gemeinsamen Handelsbeziehungen weisen eine derart enge wirtschaftliche Verflechtung beider Regionen auf, daß das ehemalige Mitglied der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, gar von einer gegenseitigen „Abhängigkeit“¹⁹³ spricht. EU und USA befinden sich über ihre gemeinsame Wertegemeinschaft und ihren transatlantischen Wirtschaftsraum auf dem Weg zu einer atlantischen Partnerschaft. Das ist der tiefer liegende Beweggrund für die Verleihung des Karlspreises an Bill Clinton im Jahr 2000, dem bislang letzten amerikanischen Preisträger für Verdienste um die Einigung Europas. Die Regierungszeit von Clinton markierte den Übergang von einer zuvor vom Ost-West-Gegensatz geprägten atlantischen Wertegemeinschaft zu einem global bestimmten Atlantizismus¹⁹⁴.

¹⁹⁰ Loth, Europäische Identität, S. 16. - Siehe auch: Verheugen, Europa, S. 127f.

¹⁹¹ Zum unterschiedlichen Werteverständnis in Osteuropa und den dortigen Problemen mit den westlichen Werten siehe: Klaus Buchenau, Den europäischen Wertekatalog gibt es nicht, in: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/themen/MCQP44.html>

¹⁹² John M. Koenig, The Transatlantic Partnership: challenges and Opportunities, Berlin, September 18, 2008, in: http://germany.usembassy.gov/koenig_091808.html - Kristin Archick, European Union Enlargement. CRS Report for Congress. July 3, 2008, in: <http://www.usembassy.it/pdf/other/RS21344.pdf>. - E. Anthony Wayne, European Union Enlargement in Central Europe: Challenges and Opportunities, April 2, 2004, in: <http://usa.embassy.de/etexts/docs/wayne020404.htm>. - Kurt Volker, The United States and the European Union: A renewed partnership delivering results, May 11, 2006, in: <http://usa.embassy.de/etexts/docs/volker051106e.htm>. Siehe auch: Hacke, Vision, S. 243-255. - Verheugen, Europa, S. 124.

¹⁹³ Verheugen, Europa, S. 130.

¹⁹⁴ Voigt, Atlantizismus, S. 148.

Dr. Christian Bremen studied history, geography, political science and American literature at Aachen University, the Free University of Berlin, and the University of Nottingham. He took up a scholarship awarded by the John F. Kennedy Institute in Berlin and a scholarship awarded by the German Historical Institute in Washington, D.C. Since 1996 a member of the scientific staff of the history department of Aachen University and in addition since 1998 coordinator of the European Studies Program at Aachen University. He occupied research and teaching positions in Germany, the Netherlands and Bulgaria.

Christian Bremen, Dr. phil., Studium der Geschichte, Geographie, Politischen Wissenschaften und Amerikanistik an der RWTH Aachen, FU Berlin und University of Nottingham; John F. Kennedy Stipendiat und Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C.

Wissenschaftlicher Angestellter am Historischen Institut der RWTH Aachen und Koordinator des Europastudiengangs der RWTH Aachen. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter: Die Eisenhower Administration und die zweite Berlinkrise, 1958-1961. Berlin 1998; Oscar von Forckenbeck. Aachen 1998; Das Standesamt der Weltpresse: Das Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen. St. Augustin 1999; Pie Debije –Peter Debye, 1884 – 1964. Hrsg. v. Stichting Edmond Hustinx und Christian Bremen. 3. Aufl., St. Augustin 2001; Aachener Nobelpreisträger? Physik im Spannungsfeld von Wissenschaft und Gesellschaft um 1900. Hrsg. v. Christian Bremen u.a. St. Augustin 2001; Die zukünftige Verfassung Europas. Hrsg. v. Christian Bremen, Armin Heinen und Rüdiger Stotz. St. Augustin 2001; Europa studieren. Hochschuldidaktische Überlegungen zur Europäistik. Festschrift für Kurt Hammerich. Hrsg. v. Christian Bremen und Armin Heinen.